

## Herrscht hier Banko? Die aktuellen Proteste gegen das Unternehmen Hamburg

Am 22. August 2009 besetzten rund zweihundert Künstlerinnen und Künstler einen großen Gebäudekomplex in der Hamburger Neustadt. Die Besetzung war gut vorbereitet: Man hatte sich zuvor der Unterstützung prominenter Kollegen versichert, man hatte recherchiert, dass die Häuser einer der letzten verbliebenen Teile des proletarischen Gängeviertels sind, das seit der Cholera-Epidemie von 1892 und mit einem Höhepunkt im Nationalsozialismus saniert-zerstört wurde,<sup>1</sup> und man hatte sogar ein auffälliges Logo erdacht – einen großen runden roten Kreis oder Ball, der etwas ins Rollen bringt, Inspirationen aufnimmt, ein neuer Ausgangspunkt, vielleicht für eine Kettenreaktion. Das Bild lag sehr nahe: In Hamburg kamen seit dem Sommer des vergangenen Jahres eine Vielfalt stadtpolitischer Initiativen und Konflikte zum Vorschein, die sich nach und nach unter dem Slogan *Recht auf Stadt* versammelten, womit sie sich lose an die Hoffnung auf einen *Raum der Gegensätze* anlehnten, die zuerst in der marxistischen Debatte um die neuen urbanen Bewegungen der 1968er Jahre aufgekommen ist.<sup>2</sup> Angesichts

---

<sup>1</sup> Siehe neben vielen anderen: Michael Grüttner, Soziale Hygiene und soziale Kontrolle. Die Sanierung des Hamburger Gängeviertels 1892–1936, in: Arno Herzig / Dieter Langewiesche / Arnold Sywottek (Hg.), Arbeiter in Hamburg. Unterschichten, Arbeiter und Arbeiterbewegung seit dem ausgehenden 18. Jahrhundert, Hamburg 1983, S. 359–371.

<sup>2</sup> *Recht auf Stadt* – der Name des Hamburger Netzwerkes – wurde schon seit 2007 von der US-weiten „Right to the City“-Bewegung geprägt: [www.righittothecity.org/our-history], [www.rechtaufstadt.net]. In beiden Fällen will der Slogan einen Bezug auf zwei Texte des französischen Marxisten Henri Lefebvre herstellen, die 1967 verfasst und 1968 veröffentlicht wurden. Lefebvre legt dort dar, wie das „Recht auf Natur“ zu einer den Lärm und Schmutz der Großstädte kompensierenden, designten und kommodifizierten Freizeit schrumpft: Es wird „the ghetto of leisure pursuits, the separate place of pleasure and the retreat of ‘creativity’.“ [www.notbored.org/writings-on-cities]. Im Anschluss fordert er – recht vage – das Ende dieser „Flucht aus den Städten“ und im Gegensatz dazu eine „transformierte“ und „erneuerte Urbanität“: als „Recht auf Anderssein“ und „verdichtete Unterschiedlichkeit.“ Siehe Henri Lefebvre, Das Alltagsleben in der modernen Welt, Frankfurt a. M. 1972, S. 277. Nach der globalen Umwälzung der 1968er Jahre und insbesondere nach den Erfahrungen mit der Fusion der Besetzungen, Streiks und Unruhen in Frankreich wird es etwas konkreter: „Recht auf Stadt“ erscheint nicht mehr allein als Bestimmung „des Urbanen“, sondern als Forderung nach konkreten gesellschaftlichen Veränderungen – als sozialer Konflikt, der „offene Räume“ entstehen lässt, die *als solche heute* mit der kapitalistischen Logik des Urbanen brechen, nämlich als „ein *Raum der Gegensätze* oder [als] der gegensätzliche Raum, der bereits in der kapitalistischen Produktionsweise als eine beständig bekämpfte Tendenz vorhanden ist. Dieser *gegensätzliche Raum* manifestiert sich auf allen Ebenen, auf der Ebene der Schule wie auf der des Wohnhauses und seiner Ausstattung, auf den Ebenen des Quartiers und der Stadt. Überall tauchen im Zerfall der Räume Gegensätze auf.

der Tatsache, dass die Bezugspunkte dieser Vielfalt unübersichtlich und sogar verwirrend sind, das Schicksal der weiteren Konflikte und Initiativen unklar und die stadtpolitische Bewegung noch *in the making* ist, ist es hier weder angestrebt noch möglich, eine repräsentative oder auch nur annähernd abschließende Analyse und Zusammenfassung vorzulegen. Vielmehr geht es hier um einige Fragen, die die bisherigen Ereignisse in Hamburg aufgeworfen haben. Aber selbst die Liste dieser Fragen, bei der es im Schwerpunkt um die Potentiale der erhofften Kettenreaktion sowie um den Zusammenhang zwischen stadtpolitischer Bewegung und Stadtökonomie geht, wird notwendig unvollständig sein.<sup>3</sup>

„Komm in die Gänge“

Die zwölf Gebäude dessen, was ab August 2009 wieder „Gängeviertel“<sup>4</sup> genannt wurde, ein funktional heterogener Komplex aus Fabrikhallen und historischen Arbeiterwohnungen, wurden schnell mit Ausstellungen und Workshops, einer Bar und einer preiswerten, selbstorganisierten Küche gefüllt. Zur allgemeinen Überraschung wurde nicht, wie in den vergangenen mindestens zwanzig Jahren in Hamburg üblich, sofort polizeilich geräumt. Danach gerieten die politischen Positionen durcheinander. Das *Hamburger Abendblatt*, Teil der Springerpresse, die gleich neben dem „Viertel“ logiert, berichtete anerkennend über die „Kreativen“ und ihre Forderung nach Atelierräumen und Ausstellungsflächen. Bestärkt wurde diese Haltung dadurch, dass die BesetzerInnen erklärten, einen offener Raum zu kreieren, in dem etwas Neues ausprobiert werden kann: Der Slogan „Komm in die Gänge“, der seitdem zur Signatur und zum Marketing der BesetzerInnen gehört, bringt diese Strategie auf den Punkt. Die Hamburger radikale Linke, die spätestens seit den 1980er Jahren eine Art moralisches Patent auf Hausbesetzungen erworben hat, konnte sich angesichts solcher Ambivalenz aus Offenheit und Marketing und angesichts der positiven Bewertung durch die Springerpresse einiger (wenn auch eher halböffentlich) artikulierter Skepsis nicht enthalten. Dort kritisierte

---

Es handelt sich also darum, jenes zusammenzufassen, was bislang getrennt war (z. B. das Öffentliche und das Private), Vermischungen zu *antizipieren* und die kontinuierliche Weiterentwicklung von Separierungen zu vermeiden wie jene zwischen Zentrum und Vorstädten oder Peripherien.“ Ders., *Die Produktion des städtischen Raums* (1974), [www.anarchitektur.com/aa01\_lefebvre/aa01\_lefebvre.pdf] (Download 10. Mai 2010). Am letzten Satz wird deutlich, dass diese Strategie der Aneignung allerdings noch inmitten einer Fabrik-Gesellschaft verortet ist. Mittlerweile hat sich der „Zerfall“, wie hier am Hamburger Beispiel angedeutet werden kann, weiter entwickelt und selbst „offene Räume“ werden bis zu einer gewissen Grenze zum Motor der Kommodifizierung.

<sup>3</sup> Im Sommer 2010 erscheint ein Essay von Christoph Twickel über die neue stadtpolitische Bewegung in der *edition.nautilus*, Hamburg. Neben den diversen Webressourcen kann man sich aber auch das in diesem Heft annotierte Bilderbuch von Christoph Schäfer ansehen: *Die Stadt ist unsere Fabrik*, Leipzig 2010.

<sup>4</sup> Vgl. [http://das-gaengeviertel.info/home] (Download 18. Mai 2010).

man zunächst die etwas vage formulierte Abgrenzung der BesetzerInnen gegenüber der „Gewalt“ im Allgemeinen und der autonomen Szene im Besonderen. Die Skepsis wurde nicht kleiner, als eine (intern sehr umstrittene) Presseerklärung aus „den Gängen“ nicht nur die Bedeutung der Kunst für den Standort Hamburg betonte, sondern auch damit spielte, ein „militantes“ Szenario an die Wand zu malen, um sich in aller Deutlichkeit davon zu distanzieren.

Als Ende Oktober 2009 ein Teil des Komplexes freiwillig geräumt wurde, hatten die BesetzerInnen ihren Kredit in der radikalen Linken stark aufs Spiel gesetzt, während gleichzeitig der politische Kredit bei den unterschiedlichen beteiligten städtischen Instanzen weiter wuchs. Im Dezember kaufte die Stadt einen Teil der Häuser dann von einem ins Schlingern geratenen holländischen Finanzinvestor zurück,<sup>5</sup> und die bürgerliche Presse kommentierte wie folgt: „Die Künstler im Gängeviertel haben gewonnen. Mit ihrer gewitzten-freundlichen Art haben sie ein historisches Quartier zurückerobert, das alle – vom Senat über den Bezirk bis zu den meisten Bürgern – schon abgeschrieben hatten. Nun können sie zu Recht behaupten: Kunst wirkt!“<sup>6</sup> Seitdem wird, mit offenem Ausgang, über die konkrete Nutzung der Gebäude verhandelt.<sup>7</sup>

Die Verschiebung der Positionen, die sich in der Presseberichterstattung äußert, kann als Ausdruck einer schwindenden öffentlichen Akzeptanz für die Grundlinien der Hamburger Stadtentwicklungspolitik der letzten Jahre gedeutet werden. Öffentlicher Raum kann nicht gedacht und auch nicht gemacht werden ohne die Spaltung der Artikulation zu berücksichtigen, die sich aus dem Sprechen einiger und dem Schweigen anderer in der lokalen Klassengesellschaft zusammensetzt. Dabei trägt die Dynamik einer Aneignung und sozialen Neudefinition von Räumen wie den „Gängen“ dazu bei, dass die Teilung zwischen Sprechen und Schweigen durcheinander gebracht wird. Dieses Durcheinander erzwingt, jedenfalls insofern es sich um Aneignungen handelt, die die Verwertungsmechanismen des Immobilienmarktes angreifen, auf allen Seiten eine neue Positionierung. Eigentümer, bürgerliche Öffentlichkeit und, falls vorhanden, lokale soziale Bewegungen *reagieren*.<sup>8</sup> Auch der lokale Staat reagiert, er bewegt sich mit seinen vielen Armen, vom Denkmalschutzamt bis zum Ordnungsamt, den Wohnungsbaugesellschaften und Verwaltungen, den vorgeblich

---

<sup>5</sup> Ein Teil des Gängeviertels befand sich zuvor im Besitz der städtischen Wohnungsbaugesellschaft SAGA / GWG bzw. wurde von der Stadtentwicklungsgesellschaft Steg verwaltet.

<sup>6</sup> Hamburger Abendblatt, 16. Dezember 2009, S. 5.

<sup>7</sup> Im April 2010 legten die BesetzerInnen ihr eigenes Nutzungskonzept vor.

<sup>8</sup> Eine Typologie dieser Aktions- und Reaktionsverhältnisse bietet: Hans Pruijt, Squatting in Europe, [www.eur.nl/fsw/staff/homepages/pruijt/publications/sq\_eur] (Download 10. Mai 2010).

Regierenden und den privaten Interessenten, der politischen wie der offiziell unpolitischen Polizei auf die BesetzerInnen zu, mal mehr und mal weniger gewaltförmig. Das alles ist nichts Neues, es galt nicht zuletzt bereits für die Besetzungen der Eckhoffstraße (1973) und der Hafensstraße seit den 1980er Jahren.<sup>9</sup> Die Kritik, dass die BesetzerInnen die zunächst zu ihren Gunsten sich entwickelnden Kräfteverhältnisse ausnutzten, läuft insofern ins Leere: In der Eckhoffstraße war es unmöglich, aber die Hafensstraße hat das (neben anderem) auch getan. Aber warum waren die Kräfteverhältnisse im August 2009 günstig? Bevor diese Frage beantwortet werden kann, ist zunächst ein kurzer Rückblick auf die Entwicklung und die Kämpfe um die Hamburger Stadtpolitik notwendig.

### *Vom Hafensrand in die HafenCity*

Dass die Hamburger Form des Regierens eher pragmatisch und dabei mehr als von allem anderen durch einen Frei-Geist namens *Banko* geprägt würde, meinte schon Heinrich Heine.<sup>10</sup> Für Außenstehende mag es erstaunlich sein, dass der leider noch immer amtierende Hamburger Bürgermeister im Jahre 2001 mit Hilfe einer rechtsextremen Gruppierung an sein Amt gekommen ist, damals mit entscheidender Schützenhilfe der erwähnten Springerpresse, während er heute, ebenfalls mit entscheidender Schützenhilfe der Springerpresse, das bundesweit beachtete Modell der Koalition mit einer vor langer, langer Zeit am linken Rand positionierten Grün Alternativen Liste prägt.<sup>11</sup> Aber es ist ebenso überraschend (für manche auch ein bisschen ernüchternd), dass sich an den Grundlinien insbesondere der Stadtentwicklungspolitik zwischen 2001 und 2010 so gut wie nichts geändert hat. Und sogar davor hatte *Banko*, wenn auch nicht ohne Gegenwehr, sein Recht auf Stadt durchgesetzt. Die zwischen 1948 und 1999 fast ununterbrochen regierende Sozialdemokratie begann, wie

---

<sup>9</sup> Vgl. Stadtteilgruppe Hohenfelde (Hg.), *Wir greifen an: Springer, Senat, Neue Heimat. Hamburg, Eckhoffstraße 39, Hamburg 1973*; Peter Birke, *Van „Fünffingerplan“ tot „Bambule“, Stedelijke politiek, kraken en de strijd om leefruimte in Duitse steden van 1968 tot nu*, in: *Kritiek 2009*, Amsterdam, S. 108–134.

<sup>10</sup> „Die Stadt Hamburg ist eine gute Stadt; lauter solide Häuser. Hier herrscht nicht der schändliche Macbeth, sondern hier herrscht Banko. Der Geist Bankos herrscht überall in diesem kleinen Freistaate, dessen sichtbares Oberhaupt ein hoch- und wohlweiser Senat. In der Tat, es ist ein Freistaat, und hier findet man die größte politische Freiheit. Die Bürger können hier tun, was sie wollen, und der hoch- und wohlweise Senat kann hier ebenfalls tun, was er will; jeder ist hier freier Herr seiner Handlungen.“ Heinrich Heine, *Aus den Memoiren des Herrn Schabelewopski*, in: *Heinrich Heine: Werke und Briefe in zehn Bänden, Band 4*, Berlin (DDR) u. a. 1972, S. 57.

<sup>11</sup> Vgl. Matthias Krupa, *Aus Spiel wird Ernst*, in: *Die Zeit Online*, [[www.zeit.de/2010/11/01/NRW-Wahl](http://www.zeit.de/2010/11/01/NRW-Wahl)] (Download 10. Mai 2010).

andernorts vielfach beschrieben worden ist,<sup>12</sup> in den letzten etwa zehn Jahren ihrer relativen Dominanz auf das im globalen Nordwesten damals zunehmend verbreitete Konzept der „unternehmerischen Stadt“ zu setzen. Grundlage dieser Setzung war der dramatische Verfall tragender Industrien der Hansestadt und die damit vor allem in der Krise der ersten Hälfte der 1980er Jahre verbundene, weit über den westdeutschen Durchschnitt steigende Erwerbslosigkeit. Besonders anhand der Werftenkrise wurde diese Entwicklung, nicht zuletzt durch die darum geführten sozialen Kämpfe vermittelt, in der Stadtöffentlichkeit verhandelt. Zudem erwies sich unter anderem die Umstrukturierung der Arbeit von Hafenarbeitern und Seeleuten (Containerisierung, Ausflagung) als Motor des Schrumpfens von Kernbelegschaften in Normalarbeitsverhältnissen und einer nach und nach einsetzenden Prekarisierung der als „nachgeordnet“ definierten Tätigkeiten in der Logistikkette. Als Konsequenz begann die Sozialdemokratie einerseits, auf eine Expansion des Dienstleistungssektors zu setzen, und andererseits, die modernistische Fiktion einer allseitig geplanten und um soziale Kohärenz bemühten Stadtpolitik zu verwerfen.

Doch bevor dies möglich wurde, mussten zunächst die zeitgenössischen Sozialproteste gebrochen werden: Die Streikbewegungen wurden unter anderem mittels der Asymmetrie zurückgedrängt, die die ökonomischen Verwerfungen der Weltwirtschaftskrise auslöste; es blieben – mit dem Höhe- und Endpunkt der Besetzung der HDW-Werft im Jahre 1983 – Abwehrkämpfe, deren alternative Konzeptionen einer sozial gerechten und umweltverträglichen lokalen Wirtschaft sich, isoliert, nicht durchsetzen konnten.<sup>13</sup> Auch andere Sozialbewegungen (wie die Erwerbslosen- und Jobberbewegung und die Hausbesetzungen) wurden, wengleich erst nach jahrzehntelangem Kampf, durch eine Kombination von Repression und Subventionierung *normalisiert*. Die verbreitete Kultur der Wohnprojekte oder das Schicksal der zahllosen Hamburger Alternativbetriebe zeigen bis heute, wie stark letztlich die Anknüpfung an den individualistischen Habitus und unternehmerischen Geist die historischen Sozialbewegungen bis zu einem gewissen Grade reproduzierte, aber auch systemimmanent transformierte.<sup>14</sup> Auch insofern ist die Auseinandersetzung um den Traum vom „Anders Leben“ nicht neu: Sie existierte bereits in dem Kampf um die Bedeutung der neuen Lebensstile, Wohn- und Arbeitskulturen, die „Freiräume“ eröffneten, *aber zugleich* –

---

<sup>12</sup> Siehe u. a. Rainer Volkmann (Hg.), Erfolgsmodell „Metropole Hamburg – Wachsende Stadt“? Ein neoliberales Leitbild und seine Folgen, Hamburg 2006. Die Tendenz zeigt bereits Jörg Blasius / Jens Dangschat (Hg.), Gentrification: Die Aufwertung innenstadtnaher Wohnviertel, Frankfurt a. M. u. a. 1990.

<sup>13</sup> Zur HDW-Besetzung: Heiner Heseler / Hans Jürgen Kröger (Hg.), „Stell Dir vor, die Werften gehör'n uns ...“: Krise des Schiffbaus oder Krise der Politik?, Hamburg 1983.

<sup>14</sup> Vgl. Arndt Neumann, Kleine geile Firmen. Alternativprojekte zwischen Revolte und Management, Hamburg 2008.

nicht zuletzt als Modell für die Entgrenzung von Arbeit und Leben – in der etablierten Stadtgesellschaft hoffähig wurden. Dabei ist im Zusammenhang der aktuellen stadtpolitischen Bewegungen nicht unwesentlich, dass zumindest ein wichtiger Teil der beteiligten älteren Generation der AktivistInnen diese Verwandlung der historischen Sozialproteste und der mit ihnen verbundenen „gegensätzlichen Räume“ in den 1980er und 1990er Jahren mitgestaltet beziehungsweise mit erlitten hat.

Die Ausrufung des „Unternehmens Hamburg“ durch die SPD-Bürgermeister von Dohnanyi und Voscherau beinhaltete seit den späten 1980er Jahren einerseits die Ökonomisierung der Verwaltung und des sozialen Bereichs, andererseits den Entwurf einer Art Aufmerksamkeitspolitik, der die städtische Infrastrukturpolitik zu folgen hatte.

Selbstverständlich greifen beide Bereiche bis heute ineinander, etwas, das besonders am Vorzeigeprojekt der „unternehmerischen Stadt“, der gigantischen HafenCity,<sup>15</sup> verdeutlicht werden kann. Als durch den Boom des Ost-West-Handels der mittlerweile mehr oder weniger vollständig containerisierte Hafen in den 1990er Jahren seine Krise überwand, wanderte er gleichzeitig nach und nach aus der Innenstadt heraus in den Südwesten der Stadt. Die frei werdenden Flächen, auf einem vormals abgeschnittenen Industriegebiet jenseits des Hafenrands und jenseits der öffentlichen Wahrnehmung gelegen, wurden nun für den Bau der HafenCity umgewidmet. Der einfache, nach dem Modell der Londoner Docklands (1981–1998) ausgeformte und auch sonst in Nordwesteuropa weit verbreitete Deal war,<sup>16</sup> dass der lokale Staat (genauer gesagt: eine durch den Hamburger Senat beauftragte formal selbstständige GmbH) die enormen Umbaumaßnahmen des Gebietes finanziert und organisiert, in der

---

<sup>15</sup> Schon der Name ist ein Logo; näheres siehe: [www.hafencity.com] (Download 15. Mai 2010). Zur Kritik bereits: Ulf Treger, *Schöne neue Modell-Welt. HafenCity – vom Hochhausensemble zum olympischen Dorf*, in *analyse & kritik*, Hamburg, Nr. 462, S. 7.

<sup>16</sup> Die *London Dockland Development Corporation* (LDDC) war allerdings eine unter Umgehung der damals relativ progressiven Politik des *London Greater Council* durch den Thatcher'schen Zentralstaat gebildete Einrichtung, die zudem auf einem Gebiet tätig wurde, in dem Wohnbevölkerung vertrieben werden musste: „Die Wohnsituation hat sich in den letzten zwanzig Jahren sehr verändert. 1981 lebten in den Docklands etwa 40.000 Menschen; andere Quellen sprechen von 30.000. Davon lebten etwa 5 % in Eigentumswohnungen und etwa 83 % in Sozialwohnungen (*council houses*). In den folgenden zehn Jahren wurden 15.000 Wohneinheiten gebaut. 1991 zählten die Docklands bereits 60.000 Einwohner. Von den neugebauten Wohnungen sind allerdings lediglich 19 % Sozialwohnungen, die verbleibenden 81 % sind Eigentumswohnungen.“ Während der Unterschied zum Hamburger Projekt (abgesehen von den Ausmaßen) vor allem der ist, dass in der HafenCity überhaupt kein sozialer Wohnungsbau stattfindet, kommt einem die Strategie ansonsten bekannt vor, euphemistisch formuliert: „Das LDDC wollte bewusst junge, finanzkräftige und unternehmerische Menschen anziehen um die bisherige, relativ homogene Bevölkerungsstruktur etwas aufzubrechen.“ [www.geographie.uni-erlangen.de/projects/london/docklands/urban] (Download 10. Mai 2010).

Hoffnung auf die Ansiedlung der Firmenzentralen einiger *global players* wie der Bank of China oder dem Softwareimperium SAP, die sich heute tatsächlich dort einige Büros leisten. Zu diesem Zweck wurden die Grundstücke und Immobilien auf dem Gebiet der HafenCity 1997 unter einer rot-grünen Koalition als „Sondervermögen Stadt und Hafen“ definiert.<sup>17</sup> Effekt dieser Strategie war, dass die Übergabe der Verantwortung für die Planung und Konzeption der HafenCity sowie die Verfügung über die städtischen Grundstücke der parlamentarischen Kontrolle vollständig entzogen wurden. Die Spekulation, dass durch den Verkauf der sanierten Flächen an Investoren ein Plus für den städtischen Haushalt erwirtschaftet werden würde, hat sich bislang nicht erfüllt. Im Gegenteil: Das „Sondervermögen“ hat aktuell einen Schuldenberg von 350 Millionen Euro angehäuft, davon alleine 112 Millionen Euro an Zinsen. Infrastrukturmaßnahmen wie der Bau einer überflüssigen U-Bahn verschlingen mindestens weitere rund 330 Millionen Euro.<sup>18</sup> Gleichzeitig steht die HafenCity paradigmatisch für ein Stadtmarketing, das auf eine Verbindung von „Arbeiten“ („hochqualifizierte Fachkräfte“), „exklusivem Wohnen“ und kulturellen Events setzt. Im Kontext des Bauprojektes entstand beispielsweise das so genannte Tamm-Museum, eine Militariasammlung, für die in der Summe etwa der Etat vergeudet wurde, der für alle anderen Hamburger Museen jährlich zur Verfügung steht. Zudem ist die so genannte Elbphilharmonie in Bau, der Image-„Leuchtturm“ der HafenCity: ein spektakuläres Opernhaus, dessen Bau mit Kosten von bis zu 500 Millionen Euro verbunden sein wird.

Obleich das Vorzeigeprojekt nicht als unmittelbarer Auslöser der aktuellen stadtpolitischen Kämpfe gelten kann – die offensichtliche Krise der „Leuchtturmpolitik“ bildet einen wichtigen Hintergrund für die sich rapide entwickelnde Protest-Situation. Ein Teil dieser Krise besteht darin, dass die Investoren, die den aktuellen Bauabschnitt namens *Überseequartier* entwickeln, mit städtischen Garantien versorgt werden müssen, damit sie von den Banken weiterhin Kredite erhalten. Neben anderen Zugeständnissen stellte sich die Stadt als Garantie-Mieter für einen wichtigen Teil der Viertelmillionen Quadratmeter Bürofläche des Überseequartiers zur Verfügung, Kostenpunkt rund 400.000 Euro im Monat.<sup>19</sup> Dennoch kann selbstverständlich niemand garantieren, dass die Investoren auf dieser Grundlage bei der Stange bleiben werden. Ende Mai 2010 reihte sich Bürgermeister Ole von Beust zudem in die Reihe der Politiker ein, die angesichts der Krise der öffentlichen Haushalte „Blut, Schweiß und Tränen“-Reden halten:

---

<sup>17</sup> Dieses „Sondervermögen“ wurde dann zunächst beliehen, um die Zerstörung des Dorfes Altenwerder und den Bau des zurzeit modernsten Containerterminals am südwestlichen Stadtrand im Umfang von über 500 Millionen DM zu finanzieren. [[www.rettet-die-elbe.de/1kapitel/141hacty](http://www.rettet-die-elbe.de/1kapitel/141hacty)] (Download 10. Mai 2010).

<sup>18</sup> Vgl. Presseerklärung der Bürgerschaftsfraktion Die LINKE, 8. April 2010.

<sup>19</sup> Hamburger Abendblatt, 31. Mai 2010.

„Wir haben in Hamburg Jahrzehnte über die Verhältnisse gelebt, leben bis heute über unsere Verhältnisse und haben strukturelle Probleme im Haushalt, die gigantisch sind.“<sup>20</sup> Hatte man bereits 2009 einen Milliardenkredit zur Rettung der mit Schleswig-Holstein gemeinsam betriebenen HSH-Nordbank aufnehmen müssen, dessen Schuldendienst den Hamburger Haushalt bis 2013 mit jährlich etwa 500 Millionen Euro belasten wird, so stellte man nun fest, dass das Haushaltsdefizit von 556 Millionen Euro im Jahre 2011 auf etwas über eine Milliarde Euro 2013 ansteigen wird. Während noch 2009 vieles getan wurde, um die Sparmaßnahmen im öffentlichen Sektor „unauffällig“ zu gestalten – ich komme darauf zurück – wird es, wie von Beust formulierte, in der zweiten Spar-Runde, die in den nächsten Monaten vermutlich Kontur gewinnen wird, „ohne Tabus“ zugehen.

Die Krise der „Leuchtturmpolitik“ ist also eine doppelte: Sie erscheint als Krise der Verwertung der neu erschlossenen Flächen ebenso wie als Krise der Legitimation einer ungeheuren Mittelvergeudung bei einer zugleich bevorstehenden Verschlechterung der Qualität der sozialen Versorgung und der öffentlichen Güter.

### *Leuchttürme und Leitbilder*

Die Tendenz, Städte als Unternehmen zu begreifen, ist seit dem Antritt einer CDU-geführten Regierung 2001 nach und nach konzeptionell auf den Punkt gebracht worden. Das in Anschluss an Begriffe der stadtpolitischen Moderne als „Leitbild“ bezeichnete Papier namens „Metropole Hamburg – wachsende Stadt“ wurde stark von einer durch den Senat in Auftrag gegebenen Studie der Unternehmensberatung McKinsey beeinflusst, die wiederum eine ganze Reihe mehr oder weniger gleichlautender Konzepte für lauter höchst originelle nordeuropäische *global cities* in spe verfasst hat. 2004 hieß es in diesem „Leitbild“: „Hamburg soll eine unverwechselbare Marke werden und internationale Unternehmen ebenso anziehen wie kreative Menschen und Touristen.“<sup>21</sup> Wer soll in der Stadt wohnen? „Wachsende Städte entfalten eine Sogwirkung für Fachkräfte, für Studierende, Unternehmer und Investoren aus dem In- und Ausland. In Kenntnis der demografischen Entwicklung wollen wir Hamburg attraktiv machen für qualifizierte Zuwanderer und für Familien mit Kindern.“ Die städtische Politik und Verwaltung wurde auf die Schaffung von Rahmenbedingungen festgelegt, durch die diese Ziele erreicht werden sollen. Zu diesen Rahmenbedingungen gehört das touristische Angebot, aber auch die Schaffung von Arbeitsmöglichkeiten in Zukunftssektoren. Die Ökonomie der wachsenden Stadt wurde in vier „Cluster“,<sup>22</sup> die Schwerpunkte des Interesses

---

<sup>20</sup> Hamburger Abendblatt, 28. Mai 2010.

<sup>21</sup> Vgl. [[www.hamburg.de/contentblob/165840/data/wachsende-stadt-flyer.pdf](http://www.hamburg.de/contentblob/165840/data/wachsende-stadt-flyer.pdf)] (Download 10. Mai 2010).

<sup>22</sup> Ein „Cluster“ (Schwarm, Bündel, Haufen) meint in diesem Fall lediglich einen Verbund mehrerer miteinander

sein sollten, aufgeteilt: Biotechnologien („Life Science“), IT / Medien, Logistik und Flugzeugindustrie. Seit der Kooption der Grünen in die Regierung Anfang 2008 wurde der „Cluster“ IT / Medien als Schlüsselsektor gesehen, dies in Anschluss an Thesen von Florida und anderen,<sup>23</sup> die, euphorisch und in einer schrecklichen Sprache die „immaterielle“ Sogkraft der „Kreativwirtschaft“ auf eben jene hochqualifizierten Beschäftigten und das in Immobilien investierte Kapital betonen. Eine weitere Unternehmensberatung (Ronald Berger) wurde mit der Untersuchung der Verhältnisse in diesem „Cluster“ beauftragt und bestätigte selbstverständlich die vermutete zentrale Bedeutung für die Stadtökonomie.<sup>24</sup> Vergleichbare Großstädte in Nordwesteuropa (Oslo, Kopenhagen, Amsterdam) setzen auf dieselben „Cluster“ und lassen zur Illustration dieselben oder ähnliche Leuchttürme bauen, Philharmonien und „schwarze Diamanten“, Kreuzfahrtterminals und Marco Polo Towers. Die Behauptungen, die deren Baumeister über die in diesen Gebäuden vergegenständlichte Zukunft anstellen, sind reine Spekulationen.<sup>25</sup> Zwar geben die „Leitbilder“ vor, ein *Gestaltungspotential* zu definieren. Aber das ist nichts Neues. Modernistische Stadtentwürfe haben ebenfalls Zukunfts-Bilder produziert, die „autogerechte Stadt“, Großwohnsiedlungen oder einen „Fünffingerplan“, der die Revolten in Frankfurt am Main in den frühen 1970er

---

über traditionelle Branchengrenzen hinweg kooperierender Unternehmen.

<sup>23</sup> Richard Florida, *The Rise of the Creative Class*, New York 2002.

<sup>24</sup> „Der Senat will im Ringen der Metropolen um Spitzenkräfte spätestens Anfang 2008 konkret junge Talente aus der ganzen Welt für Hamburg begeistern. ‚Es muss nächstes Jahr losgehen‘, sagte Bürgermeister Ole von Beust (CDU) am Donnerstag bei der Präsentation einer Studie der Unternehmensberatung Roland Berger.“  
[[www.welt.de/welt\\_print/article1040563/Neue\\_Studie\\_sieht\\_viel\\_kreatives\\_Potenzial\\_fuer\\_Hamburg](http://www.welt.de/welt_print/article1040563/Neue_Studie_sieht_viel_kreatives_Potenzial_fuer_Hamburg)] (Download 10. Mai 2010).

<sup>25</sup> Es sollte jedoch nicht verkannt werden, dass es sich bei diesen Spekulationen um eine bedeutende Praxis handelt: Die „neue Stadt“ wird in ihnen, wenn auch auf fetischisierte Weise, verhandelt. Die „Modelle“, die ins Spiel gebracht werden, ihre Architektur und Topografie, sind zugleich deshalb von Interesse, weil sie eine Spur des Utopischen verfolgen, wobei es nicht zuletzt darum geht, den *common sense* dieser Spur zu verallgemeinern. Sehr deutlich wird das am Entwicklungsprozess des deindustrialisierten Hafens der norwegischen Hauptstadt, vgl. Christiane Dellbrügge / Ralf de Moll, *One fine day, all this will be yours*, Berlin / Oslo 2010. Auch wo in Hamburg neue Stadtteile projiziert wurden, war der Ausgangspunkt der Planer de facto die Idee einer leeren, für eine allseitige Gestaltung offenen Fläche, die es zunächst zu bespielen und dann zu bebauen gilt. Fast das erste, was jeweils getan wurde, war die Errichtung einer Aussichtsplattform, von der aus die Besucher der Baustelle in die Zukunft blicken durften. Die dorthin projektierten Glasfassaden, die kunstvoll geschraubten Häuser, die fragmentierte Bebauung sind, wie Benjamin schrieb, „Monumente der Bourgeoisie“. Am Beispiel von Paris plädierte er für eine „Verwertung der Traumelemente beim Erwachen“, wozu allerdings gehöre, diese Monumente „als Ruinen [zu] erkennen noch bevor sie verfallen sind.“ Ich bin mir nicht sicher, ob Benjamins dialektischer Trick auch in der Stadt Bankos funktionieren kann. Aber immerhin erscheint die Hamburger Politik ja bereits jetzt als *ruinös*. Walter Benjamin, *Das Passagen-Werk*, Frankfurt a. M. 1982, S. 59.

Jahren auslöste. Was vielleicht heute schwieriger geworden ist, ist, die ideologische Kompression solcher Bilder zu durchdringen. Denn das modernistische Leitbild begriff die Stadt als Organismus, an dem die lokale Regierung wie ein Arzt ihre Schnitte und Operationen vollzieht. Grundlage war eine bürokratische Idee der Herrschaft, eine Regierung, die das kontinuierliche Fortschreiten der Entwicklung organisiert und die Proteste dagegen immer wieder neutralisiert. Aktuelle Leitbilder enthalten eine andere Vorstellung lokaler Stadt-Raum-Verhältnisse: „Leuchttürme“ werden als Bilder für die Zukunft, als Identität der „neuen Stadt“ mit einer magischen Wirkung verknüpft: Sie bringen, so wird behauptet, mehr oder weniger unwillkürlich, allein durch ihre Strahlkraft, die Lösung der sozialen Probleme (oder wenigstens sind sie im Stande, die Orte, an denen sich Wut und Revolten entwickeln, in den Schatten zu stellen). Ähnlich funktionieren die „Cluster“: Es wird behauptet, dass ihnen die Zukunft gehört. Die rot-grüne Stadtregierung Hamburgs startete kurz vor dem IT-Crash des Jahres 2000 selbstverständlich eine „Offensive“ zur Förderung von Start-ups und anderen windigen Unternehmen dieses Sektors. Zumindest was die unselbstständige Beschäftigung betrifft, stagnieren seitdem mehr oder weniger alle oben erwähnten „Cluster“.<sup>26</sup>

Die Gestaltungsmacht, die sich die aktuelle Stadtpolitik in Hamburg und anderswo zuschreibt, ist ein Mythos. Aus historischer Sicht kann man schon heute konstatieren, dass Leitbilder wie das der „wachsenden Stadt“ in Wahrheit lediglich eine (im Grunde sehr langweilige) Sammlung von Symbolen, Zeichen und Konzeptionen darstellen, die das große Feld der sozialen Realitäten, ihrer Wirkungsmächte und Dynamiken, weitgehend außer Acht lassen. Die Leitbilder, auch das neue Leitbild „Wachsen mit Weitsicht“, das die „wachsende Stadt“ seit dem Eintritt der Grünen in die Regierung um die Betonung der Bedeutung der „Kreativen“ erweitert, haben keinerlei analytische Qualität. Sie stellen selbst keine Fragen, sondern geben Antworten auf Fragen, die so gut wie niemand stellt. Es sind Produkte des Stadtmarketing, der Imagepflege. Das bedeutet nicht, dass sie nicht *regulierend* und *eingreifend* wirken, aber genauso leicht, wie die Images hergestellt werden, werden sie auch dementiert.

Die neuen Leitbilder reflektieren zugleich das Drama der zentralstaatlich definierten, spätestens durch die Politik der Schröder-Fischer Bundesregierung permanent gemachten Krise der städtischen und föderalen Haushalte. Diese wird aktuell durch die Finanz- und Wirtschaftskrise überall dramatisch verschärft, dem Mantra von der „einsetzenden Erholung“ zum Trotz.

---

<sup>26</sup> Volkmann stellt beispielsweise fest, dass die Wachstumsrate der Beschäftigung im Bereich „Software und Datenverarbeitung“ 1999 bei 15,9 Prozent lag, aber danach, auch während des Booms, stagnierte: Rainer Volkmann, Konzeption und Kritik des Leitbildes „Metropole Hamburg – Wachsende Stadt“, in: ders. / Meinhard Meuche-Mäker / Hartmut Obens, Hamburg: Wachsende Stadt durch schrumpfendes Gemeinwesen?, Sonderheft der Hamburger Skripte, Nr. 11, Hamburg 2006, S. 6–49, hier S. 38.

Die neuen Leitbilder haben insofern mit früheren modernistischen Beschwörungen noch immer gemeinsam, dass es sich um *whistling in the dark* handelt: Die Stadtökonomie sei steuerbar, wird behauptet, von den seit hunderten von Jahren bekannten Verwerfungen und Unberechenbarkeiten der kapitalistischen Ökonomie wird sorgfältig abgesehen. Allerdings hat sich die Form der Regulierung, die Rolle des Staates offenbar (und das wird auch reflektiert) verändert. Anders gesagt: Es sind immer noch Ärzte am Krankenbett zugange, die Therapie ist immer noch sehr teuer, aber ob der Patient überlebt, wird weiterhin als Frage des Schicksals betrachtet. Das gilt für die beschworenen *Zukunftstechnologien*, aber auch für die beschworenen *Wirtschaftssubjekte*: Es geht es um Menschen, die (noch) nicht existieren, die *Kreativen*, die *hochqualifizierten Fachkräfte* und so fort, Menschen, die in die Stadt kommen sollen, weil sie, die Stadt und ihre Leuchttürme, wie zitiert, eine *Sogkraft* auf sie entfalte. Man bewirbt sich um diese Menschen, aber auf einer Grundlage, die ihnen bestimmte, ökonomische Funktionen zuweist: Sie haben das „kreative Umfeld“ für Investoren zu schaffen, die Haushaltskrise zu lösen, für Bevölkerungswachstum zu sorgen usw. Ob dies alles so funktioniert, ist genauso offen wie die ökonomische Entwicklung insgesamt. Im Rahmen einer immanenten, keynesianischen Betrachtungsweise kann eingewandt werden, dass die Rechnung nicht aufgeht, weil die Haushaltskrise neben der zentralstaatlichen Steuerpolitik vor allem durch die Entwicklung des *Masseneinkommens* sowie die lokale Verantwortung für die *Massenerwerbslosigkeit* ausgelöst wurde, die in den Überlegungen auch des Hamburger Leitbildes keinerlei Rolle spielen. Es stellt sich aber auch die Frage, ob die neuen Menschen, die das Leitbild evoziert, falls sie existieren, rein faktisch der Stadtökonomie mehr Ressourcen verschaffen als sie selbst (in Form des Konsums öffentlicher Dienstleistungen und des Gebrauchs der öffentlichen Infrastruktur) verbrauchen.<sup>27</sup>

„Nicht mit meinem Logo“

Richard Florida und andere proklamieren, es sei Voraussetzung für eine erfolgreiche „globale Stadt“, einen intakten, ungebrochenen Verwertungskreislauf zu etablieren, der sich de facto vor allem auf die Immobilienwirtschaft bezieht. Zeitgemäß – denn die Texte erschienen auf dem Höhepunkt des Immobilienbooms – wird behauptet, dass dieser Kreislauf mit der „Eroberung“ städtischer Räume durch „kreative Pioniere“ beginne. Raumpolitik wird wesentlich so verstanden, dass die Städte vermittels dieser „Pioniere“ einen „*third space*“ zu entwickeln haben, der „Arbeiten“ und „Wohnen“ miteinander verknüpft.<sup>28</sup> Denn jene Menschen seien der

---

<sup>27</sup> Bereits vor Einsetzen der Finanzkrise war die Hoffnung auf das Ressourcenplus rein empirisch sehr fragwürdig; vgl. ebd.

<sup>28</sup> Florida, *Creative Class* (wie Anm. 23), S. 224.

„hochkreative Kern“, der eine zentrale Funktion in der Schaffung des „immateriellen“ Umfeldes und der konkreten räumlichen Positionen habe, und der für die Entwicklung von „Zukunftstechnologien“ und den Nachzug der breiten Schicht der „Wissensarbeiter“ (hier: „Manager“, „Finanzdienstleister“ und „Juristen“) notwendig sei.

Vor allem die HafenCity wurde von der GmbH, die sie im städtischen Auftrag entwickelte, wie ein Reagenzglas betrachtet, in dem diese Thesen getestet und illustriert wurden. Insofern unterscheidet sich das Projekt auch von solchen einer „natürlichen“ Gentrifizierung, die an die sozialen Verhältnisse und die kulturellen Ausdrucksformen bereits existierender Quartiere anknüpft, um sie zu verwandeln und zu verwerten. Entsprechend konnte die „Bespielung“ der Großbaustelle im Falle der HafenCity auch keine Nachhaltigkeit entwickeln: Nach der aufwändigen, städtisch finanzierten Flächensanierung – es handelt sich wie erwähnt um ein altes Hafen- und Industriegebiet, dessen Boden nicht nur teils stark kontaminiert, sondern auch nicht sturmflutgesichert war – durften Künstlerinnen und Künstler auf den Baustellen unzählige Aktionen veranstalten, wobei der Phantasie keine Grenzen gesetzt waren, aber sorgsam darauf geachtet wurde, dass keines der Projekte am Image der HafenCity kratzte.<sup>29</sup> Anschließend kam dann jeweils der Bagger.

Die Begeisterung für diese und andere Formen der „Zwischennutzung“ wurde sodann nach dem Eintritt der Grünen Partei in die Regierungskoalition 2008 auch explizit und konzeptionell Teil der neoliberalen stadtpolitischen Entwürfe. Während die Grünen sich in Hamburg mittlerweile einen schlechten Namen als Kohlekraftwerk- und Autobahnbaupartei gemacht haben, können sie sich immerhin gutschreiben, zwei der drei Florida’schen T’s in das bereits vorhandene ideologische Muster eingeschrieben zu haben: Neben der „Technologie“ haben nunmehr auch „Toleranz“ und „Talente“ einen offiziellen Status erhalten (während die Grünen den Posten der Senatorin für Bau-, Umwelt- und Stadtentwicklung besetzen durften).<sup>30</sup>

Allerdings hat man auch dieses Mal die Rechnung ohne den Wirt gemacht – aber wer rechnet schon damit, dass ausgerechnet jene Subjekte, die man immer wieder anruft, für die man so viel zu tun glaubt, denen man nur Gutes will, sich wie von selbst zu bewegen anfangen, sich sogar immer eigensinniger bewegen und am Ende beginnen, das schönste Leitbild zu demontieren.

---

<sup>29</sup> Vgl. Treger, HafenCity (wie Anm. 15).

<sup>30</sup> Die Springerpresse weiß, wie es dazu kam: „[Während ihrer Beratung in] Lüneburg hatten die Koalitionäre auch alternative Formeln für ihr Leitbild diskutiert. Slogans wie ‚Hafen der Möglichkeiten‘ und ‚Heimat Hafen Horizonte‘ wurden aber zugunsten von ‚Wachsen mit Weitsicht‘ verworfen. Entworfen wurden die Konzepte kostenlos von den Werbeagenturen ‚Zum goldenen Hirschen‘ und Scholz & Friends. Das Leitbild soll dazu dienen, das Behördenhandeln, aber auch Initiativen aus der Stadt zu bündeln und an einem gemeinsamen Zielgedanken auszurichten.“ [www.welt.de/hamburg/article3149147/Hamburg-waechst-ab-jetzt-mit-Weitsicht] (Download 10. Mai 2010).

Jedenfalls wurde nach der Besetzung des Gängeviertels eilig eine Untersuchung über die merkwürdige Klasse der „Wissensarbeiter“ angestrengt, in der dann neben vielem anderen konstatiert wurde, dass „der starke immobilienwirtschaftliche Druck in innerstädtischen Lagen zu einer Überhitzung des kreativen Milieus“ geführt habe.<sup>31</sup> Die Kettenreaktionen, die die Neoliberalen so sehr lieben, haben sich in eine unerwünschte Richtung entwickelt. Aber wie konnte es dazu kommen?

Das Werben um die „Wissensarbeiter“ stand von vornherein in einem starken Kontrast zu den Arbeits- und Lebensbedingungen vor allem der „Raumpioniere“: Kaum ein Berufszweig, bei dem die Prekarisierung weiter entwickelt wäre. Schon vor ein paar Jahren wusste man, dass nur ein kleiner Bruchteil der Männer und ein noch kleinerer Bruchteil der Frauen, die eine Kunsthochschule besucht haben, auf der Grundlage ihrer erlernten Tätigkeit überleben können.<sup>32</sup> Die Polarisierung der Einkommensverhältnisse ist enorm und der spekulative Boom der Preise auf dem Kunstmarkt hat sie in der letzten Dekade deutlich verschärft. Gleichzeitig ist die Abgrenzung der Gruppe prekär: Ein Leben als Kunstproduzentin (oder zumindest die Aufrechterhaltung des Zieles, irgendwann einmal zu der „kreativen Klasse“ zu gehören) ist nur möglich, wenn man sich nebenher, und dabei hat man ja noch Glück, in der Kantine der Staatsoper oder im Buchladen der Kunsthalle verdingt. Die Anrufung der „Kreativen“ in der Stadtpolitik bricht sich offensichtlich mit der realen ökonomischen Situation der großen Mehrheit der Produzenten und derer, die gerne als Kunst- und WissensarbeiterInnen tätig wären.

Der in der Studie so genannte „Immobilendruck“ gibt den Leuten den Rest: Vor allem in der bildenden Kunst sind Arbeitsräume eine existenzielle Voraussetzung für den Produktionsprozess, Räume, die aufgrund der Immobilienpreise mit Einkommen, die oft unter dem Existenzminimum liegen, nicht zu haben sind. Der „Verwertungskreislauf“ zerbricht: Es ist gerade die Aufwertung der Immobilien und / oder sogar der unbebauten Grundstücke durch jene „Raumpioniere“, mit denen die Stadtpolitik rechnet, die dazu führt, dass die für die KünstlerInnen selbst nutzbaren Räume knapper werden. Heute stehen in Hamburg rund eine Million Quadratmeter Bürofläche leer. In der HafenCity werden noch einmal etwas weniger als eine Million Quadratmeter Bürofläche gebaut.<sup>33</sup> Dennoch sind die Preise für Büroraum bislang

---

<sup>31</sup> Studio UC / Klaus Overmeyer, *Kreative Milieus und offene Räume in Hamburg*, Hamburg 2010, S. 90. Im Titel der Studie manifestiert sich, wie um den Begriff „offene Räume“ gekämpft wird; eine affirmative Verwendung dieses Begriffs sollte von daher vermieden werden (vgl. auch die Bemerkungen in Anm. 2).

<sup>32</sup> Vgl. Alexandra Manske, *Ist Prekarität überall? Die Paradoxien des arbeitgesellschaftlichen Wandels*, [<http://library.fes.de/pdf-files/akademie/online/06093-20100415.pdf>] (Download 10. Mai 2010).

<sup>33</sup> *Hamburger Abendblatt*, 25. November 2009, S. 12.

nur leicht gesunken; selbst die aktuelle Finanz- und Wirtschaftskrise hat bis zum Zeitpunkt, an dem der vorliegende Text geschrieben wurde, noch nicht dazu geführt, dass die Preise in den Keller gegangen sind.

Henri Lefebvre hat den Prozess der Eroberung, Aneignung und Enteignung seit den späten 1960er Jahren als Widerspruch beschrieben, der aus der Inwertsetzung des Raumes resultiert. In Analogie zu jenem von Marx im ersten Band des *Kapital* konstatierten Doppelcharakter der Ware sieht er einen sozialen Konflikt, der im Gegensatz von *Gebrauchswert* und *Tauschwert* erscheint, wobei der Gebrauchswert hier als Metapher für die konkrete Nutzungsform des Stadt-Raumes steht, während der Tauschwert sich in letzter Instanz an den Preisen auf dem globalen Grund- und Immobilienmarkt orientiert.<sup>34</sup> Der resultierende Konflikt wird, so Lefebvre, vermittels der Entwicklung alternativer Formen der Produktion des Raumes ausgetragen, eben im *Raum der Gegensätze*. Aber was heißt das konkret? Wenn wir die bereits erwähnten Probleme, die es auch innerhalb dieser Räume geben kann, außer Acht lassen (es ist ein gegensätzlicher Raum, ein Teil der Gesellschaft und insofern auch ein Ort experimenteller Innovation und Inwertsetzung, aber zugleich findet ein „Kampf um den konkreten Gebrauch“ statt), dann bleibt noch immer die Frage nach den spezifischen lokalen Rahmenbedingungen der Kämpfe um die Durchsetzung alternativer Nutzungsformen.

Was Hamburgs Innenstadt betrifft, so sind die Kämpfe nicht zuletzt deshalb aktuell sehr artikuliert, weil zukünftig rund zwei Millionen Quadratmeter Bürofläche *weder getauscht noch gebraucht* werden, eine Situation, die der Dichotomie der an der Warenform orientierten Lefebvre'schen Aufteilung etwas hinzufügt, das nichts mit der *Produktion des Raumes*, sondern vielmehr mit seinem *Zerfall* zu tun hat. So ist es die sichtbar auf die Spitze getriebene Absurdität der kapitalistischen Produktion von Immobilien und ihrer staatlichen Regulation, die die Optionen für die Eroberung und Neudefinition innenstädtischer Räume in Hamburg momentan *günstiger* erscheinen lässt als etwa das Vorhaben, gegen prekarierte Beschäftigungsverhältnisse oder schlechte Arbeitsbedingungen zu kämpfen. Es ist eine Sichtbarkeit, die als eine der Voraussetzungen für eine erfolgsversprechende Artikulation gelten kann, jedoch auch als Spezifikum, das jenseits der Hamburger Innenstadt (bzw. der Innenstädte der bundesdeutschen Metropolen im Allgemeinen) nicht unbedingt gegeben ist. Und schließlich ist es dennoch keine Erklärung: Eine mechanische Ökonomik der Entstehung von Sozialprotesten, die auf der kühlen Kalkulation mehr oder weniger günstiger strategischer Positionen beruht, ist jedenfalls bislang noch nirgends entdeckt worden.

Nichtsdestotrotz können oppositionelle Strategien durchaus – listig – an die Standortlogik anknüpfen, die zu den Eckpfeilern der „unternehmerischen Stadt“ gehört. Zu Beginn der

---

<sup>34</sup> Lefebvre, Produktion des Raumes (wie Anm. 2), S. 4.

Besetzung des „Gängeviertels“ argumentierten die AktivistInnen mit der „mangelhaften Ausstattung“ der KunstproduzentInnen, und vorrangig geschah dies zunächst ganz im Einklang mit unternehmerischem Denken („sonst gehen wir nach Berlin“). Auf dem ersten Höhepunkt des Konfliktes wurde diese Logik sogar noch unterstrichen, weil die „schrumpfende“ Stadt Leipzig den BesetzerInnen ein „Exil“ anbot.<sup>35</sup> Dabei ist immer zu bedenken, dass nicht die Argumente schlecht sind, sondern die Verhältnisse, die letztlich den Gegensatz zwischen Legitimität und Zielen hervorbringen bzw. den Rahmen definieren, innerhalb dessen Ziele legitim sein können. Innerhalb der Standortlogik erscheint die Frage nach der Prekarisierung von Arbeits- und Lebensverhältnissen mithin als zweitrangig, möge sie den Alltag der KünstlerInnen noch so sehr prägen. Die Produkte, die hergestellt werden, das besetzte Haus, eine Ausstellung, ein Rundgang, ein Kindergeburtstag, ein Buch, ein Café, eine Abendveranstaltung sind alle in diesem Gegensatz verortet, aber in seinem Inneren geht es asymmetrisch zu: Der Alltag, insofern über ihn gesprochen wird, erscheint nur noch metaphorisch, als *latenter* Konflikt.

Aber gibt es dann überhaupt einen Zusammenhang zwischen der Prekarisierung der Arbeits- und Lebensverhältnisse und den Besetzungen? Ja, ich denke schon, aber er ist nicht linear. Erstens wird aus dem Inneren der Prekarisierung heraus ge- und verhandelt, und die Logik der Revolte kann sich nicht einfach von der „unternehmerischen“ Logik unabhängig verhalten. „Offene Räume“ sind – in dieser Hinsicht können wir uns heute wohl noch weniger Illusionen machen als in den Besetzungsbewegungen der 1980er Jahre – eben auch in dem Sinne „offen“, dass sie selbst umkämpft bleiben: Hierarchien, Konkurrenzen, Geschlechterverhältnisse werden dort nicht einfach „abgelöst“, sondern im besten Falle reflektiert transformiert.<sup>36</sup> Gleichwohl gibt es zweitens die gängige Lesart der radikalen Geografen und der lokalen Radikalen, konkrete, definierte Räume (Häuser, Quartiere, Städte) als Orte einer „anderen Produktion“ zu sehen, als Orte der Produktion alternativer Erfahrungen und Lebensentwürfe, eventuell sogar (im kleinen Maßstab) einer Produktion von „commons“. Aus meiner Sicht ist diese Vorstellung, die in Hamburg vor allem im heterogenen Umfeld des *Euromayday 2010* betont wurde,<sup>37</sup> sympathisch ungeduldig, aber sie greift zu kurz. Die Produktion des Raumes als Raum der Produktion zu sehen, und *die Stadt als unsere Fabrik*, verkennt die Spur der Negation, die ein wesentliches Element aller dieser sozialen Kämpfe bleibt. Einfach ausgedrückt: Die

---

<sup>35</sup> Hamburger Abendblatt, 11. September 2009, S. 7.

<sup>36</sup> Vgl. hierzu an einem anderen Beispiel: Gruppe KRAN. Die beschwerlichen Freiheiten. Machtpositionen außerhalb und innerhalb der „Freiräume“, in: Peter Birke / Chris Holmsted Larsen, Besetze Deine Stadt! / BZ din by! Häuserkämpfe und Stadtentwicklung in Kopenhagen, Hamburg 2007, S. 199–202.

<sup>37</sup> [[www.facebook.com/pages/Euromayday-Hamburg/58179507155](http://www.facebook.com/pages/Euromayday-Hamburg/58179507155)] (Download 10. Mai 2010).

BesetzerInnen des Gängeviertels haben, trotz aller Rhetorik über den *Standort*, zunächst einmal nicht mehr, aber auch nicht weniger erreicht, als dass sie sich an einen Ort begeben haben, an dem sie *nicht* produktiv im Sinne einer herkömmlichen Vorstellung von Produktivität sein müssen. Es sind Räume, in denen alles geschehen soll – insofern es *nichts mit Prekarität* (= die Arbeit in der Kantine des Schauspielhauses oder ähnliches) *zu tun hat*. Auch in dieser Hinsicht handelt es sich also um eine Verschiebung, eine Aufhebung des Alltags an einem „anderen Ort“.

Und erst von diesem Ausgangspunkt entwickelte sich in den besetzten „Gängen“ überhaupt eine Dynamik: Dass der Begriff dessen, was „Kunstproduktion“ sei, offensichtlich erweitert werden kann, führte zu einer Verselbstständigung des Projektes. Nicht nur das *Abendblatt*, sondern auch BewohnerInnen der anliegenden Stadtteile applaudierten der Aktion. Die BesetzerInnen machten wie gesagt nicht den Fehler, das Projekt abzuschotten. Wer „NutzerIn“ der Räume ist oder sein wird, blieb *zunächst* ganz weitgehend eine Frage der konkreten räumlichen Praxis und nicht der Besitzverhältnisse. Eine Form der Reaktion auf die erste zumindest vorläufig erfolgreiche Hausbesetzung seit vielen Jahren war die Stellungnahme „Not in our name, Marke Hamburg“,<sup>38</sup> die von wenigen an der Besetzung beteiligten und vielen nicht an der Besetzung beteiligten „WissensarbeiterInnen“ unterschrieben wurde. Auch dieses „Manifest“ folgt, wengleich es die *Opposition gegen die Standortpolitik* in den Mittelpunkt stellt, einer Logik, die an den Ambivalenzen der Wissensarbeit anknüpft, um sie zum Ausgangspunkt einer Verweigerung zu machen: Wer sagt, dass die „Marke Hamburg“ nicht „mit meinem Namen“ werben soll, setzt voraus, dass „Hamburg“ überhaupt daran interessiert sein könnte: „Meine ‚Kunst‘ ist mein Eigentum, und mein Logo klebe ich dorthin, wo ich es möchte.“<sup>39</sup> Für eine Gebäudereinigerin oder einen Busfahrer wäre dies natürlich eine absurde Position. Es ist die soziale Dynamik, die öffentliche Empörung über vielfältige und weithin unsichtbare Alltagskonflikte, die dazu führt, dass ein solches Manifest dennoch von einer größeren Zahl von Menschen gelesen, zirkuliert und unterschrieben wird: Zwar finden sich noch immer nicht viele Busfahrer unter den Unterzeichnenden (ich komme auf die Frage nach den sozialen Grenzen der Proteste zurück), doch wie im Gängeviertel selbst entsteht ein (in diesem Fall virtueller) Raum, in dem kein Eintrittsgeld gezahlt wird: „Nicht in meinem Namen“, sagt das Manifest, und die Antwort lautet: „Auch nicht in meinem Namen!“ Und: „Ab heute bin ich

---

<sup>38</sup> Im Internet zu finden unter: [<http://nionhh.wordpress.com/about/>] (Download 10. Mai 2010).

<sup>39</sup> Das Manifest bezieht sich nicht nur auf die Situation der „Kreativen“, sondern auf eine ganze Reihe von Konflikten, die charakteristisch für die bisherigen Schwerpunkte der „Recht auf Stadt“-Bewegung sind. Die Sprechposition wird nichtsdestotrotz wie folgt bestimmt: „Wir, die Musik-, DJ-, Kunst-, Theater- und Film-Leute, die Kleinegeile-Läden-Betreiber und Ein-anderes-Lebensgefühl-Bringer ...“ (ebd.).

Künstler“, und: „Wir sind alle Künstler!“ Es ist, wenn man so will, die Rache der *Künstlerkritik* an denen, die sie sich in den vielen vergangenen Jahren wie ein Haustier gehalten haben.

### *Oppositionelle Netze*

Damit bin ich bei der Frage der Verbreitung der sozialen Proteste, die auch eine Frage der *Diffusion* ist.<sup>40</sup> Denn mit der kurzen Geschichte einer Besetzung ist ja nur eine sehr spezifische Konstellation angesprochen, und damit ein Potential, das sich weiter entwickeln kann, aber nicht muss. Angemerkt werden kann zunächst, dass die „Gänge“ sicher nicht der *Ausgangspunkt* der neuen stadtpolitischen Bewegung in Hamburg waren. In der Tat existierte das Recht-auf-Stadt-Netzwerk *vor* der Besetzung im August, ebenso wie alle Probleme, die dort die Agenda bis heute bestimmen (Mieterhöhungen, Gentrifizierung, Normalisierung); ich komme gleich darauf zurück. Was zunächst die spezifische Hamburger Protestgeschichte betrifft, so kann (wenig überraschend) davon gesprochen werden, dass sich die derzeitige Situation und die Stärken und Schwächen der aktuellen Proteste ohne die Vorgeschichte der Bambule-Bewegung sowie der Proteste gegen den Sozialabbau der späten 1990er und frühen 2000er Jahre kaum verstehen lassen.

2003 *diffundierten* die Sozialproteste in Hamburg, etwas mehr als ein Jahr nach der Wahl des konservativ-rechtsextremen Senats, auf der Grundlage der drohenden Räumung des Bauwagenplatzes „Bambule“, der übrigens nur wenige hundert Meter von den „Gängen“ entfernt lag. Im November 2002 beschlossen die BewohnerInnen, den Platz unter dem Druck der Polizei aufzugeben und eine Art Dauerdemonstration durch die Stadt zu veranstalten, die monatelang eine für alle Beteiligten überraschende und ungewöhnliche Dynamik entfaltete. Gleichzeitig kam es zu einer Bewegung gegen die Angriffe der damaligen Rechtskoalition auf die soziale Infrastruktur im Allgemeinen und auf progressive soziale Einrichtungen wie Drogenhilfeeinrichtungen, Frauenhäuser und Flüchtlingsinitiativen. Es kam zu einer doppelten Verteilung der Proteste im städtischen Raum, einerseits im Wortsinne dadurch, dass die

---

<sup>40</sup> „Diffusion“ bezeichnet in der Typologie von Beverly Silver die Verbindung zeitlich und / oder räumlich voneinander getrennter Akteure, die – obwohl „unverbunden“ – in sozialen Unruhen ähnliche Formen und Inhalte entwickeln. Die beiden anderen Typen der Verbindung sozialer Unruhen sind „indirekt“, d. h. durch strukturell vergleichbare Problemlagen vermittelt, oder „direkt“, durch Austausch und Solidarität vermittelt: Beverly Silver, *Forces of Labor. Workers' Movements and Globalization since 1870*, Cambridge 2003, S. 26. Ich verwende den Begriff der „Diffusion“ hier, obwohl er sich bei Silver auf das Weltsystem und das gesamte „lange“ 20. Jahrhundert bezieht. Die implizite These ist, dass Zentren und Peripherien einer Großstadt wie Hamburg durch ebenso weite raum-zeitliche Entfernungen gekennzeichnet sind, was auch die Formen bestimmt, in denen sich soziale Unruhen vermitteln, jedenfalls insofern sie nicht durch „strukturelle Gleichheit“ oder „direkte Solidarität“ bereits verbunden sind.

Proteste sich *bewegten* und überraschende Orte ansteuerten, andererseits im sozialen Sinne, durch die kurzfristige Aufhebung der Differenz zwischen 16jährigen Punks und 66jährigen Gewerkschafterinnen in einem gemeinsamen Anliegen. Auf dem Höhepunkt der Bewegung demonstrierten im April 2003 bis zu 15.000 Menschen in der Hamburger Innenstadt gegen die Politik des Senats, Wagenbewohner und Gewerkschafterinnen, Sozialarbeiter und Studierende.<sup>41</sup> Die Proteste von 2003 hatten einen beeindruckend dezentrierten und multiversalen Charakter, blieben aber insofern ephemer, als sie sich erstens (was üblich ist) organisationspolitisch nicht verstetigten<sup>42</sup> und zweitens lokal gebunden blieben (zur gleichen Zeit fanden in anderen bundesdeutschen Großstädten keine vergleichbaren Aktionen statt). Drittens kam noch hinzu, dass die Aktionen in einem gewissen Sinne durchaus erfolgreich waren: Im August 2003 schasste der CDU-Oberbürgermeister seinen rechtsextremen Koalitionspartner; das Ziel, alle Bauwagenplätze zu räumen, wurde de facto nicht erreicht; lediglich die Proteste gegen die Einschnitte im sozialen Bereich blieben letztlich relativ erfolglos, markierten aber zumindest für einige Jahre eine Grenze für weitere Einschnitte. In den Jahren darauf entwickelte sich die Protestkultur in Hamburg auf diesen Grundlagen weiter, so unter anderem in Anschluss an überregionale Proteste (wie gegen „Hartz IV“), in Bewegungen der Studierenden, vereinzelt Arbeitskämpfen insbesondere im öffentlichen Sektor sowie in Protesten gegen die Privatisierung im Gesundheitswesen. Keine dieser Aktionen erreichte allerdings die Dynamik der Bewegung von 2003.

Folgt man Frances Fox Piven und Richard A. Cloward, dann überrascht dies nicht: Proteste, die die normierten Grenzen alltäglicher Routinen überschreiten, Aktionen, die imstande sind zu fragen, wem die Stadt gehört, sind nicht die *Regel*, sondern die *Ausnahme*.<sup>43</sup> Umso bedeutender sind derartige „ausnahmige“ Situationen – die sich durch eine organisatorische Vernetzung in

---

<sup>41</sup> Mir ist leider keine umfassende, systematische Analyse dieses Teils der Hamburger Protestgeschichte bekannt. Der Gegenstand wird aber berührt in: Dirk Hauer / Bella Rogalla, HWP in Bewegung – für eine kritische Wissenschaft! Studierendenproteste gegen die neoliberale Hochschulreform, Hamburg 2006. Der Titel der Broschüre verweist zugleich auf ein weiteres, wichtiges Feld der damaligen (und derzeitigen) stadtpolitischen Auseinandersetzungen.

<sup>42</sup> Die organisatorischen TrägerInnen des Protestes (wie die *Sozialpolitische Opposition*) haben ihre Netzwerke in einem geringen Ausmaß erhalten, spielen aber in der aktuellen stadtpolitischen Bewegung keine entscheidende Rolle.

<sup>43</sup> „Und dennoch reichen oft weder die Frustrationen, die aus den ökonomischen Veränderungen erwachsen, noch der Zusammenbruch des Alltagslebens aus, um Menschen zum Protest gegen ihr leidvolles Dasein zu bewegen. Denn in der Regel machen sie Gott – wenn nicht gar sich selbst – für ihr Leid verantwortlich. Damit aus diesen Traumata des Alltagslebens heraus eine Protestbewegung entstehen kann, müssen die von den Menschen erfahrene Benachteiligung und Zerrüttung sowohl als ungerecht wie auch als veränderbar angesehen werden.“ Frances Fox Piven / Richard A. Cloward, *Aufstand der Armen*, Frankfurt a. M. 1985, S. 36.

der Tat weder hervorbringen noch verstetigen lassen. So hat die Besetzung des „Gängeviertels“ 2009 neben anderen Konflikten entscheidend dazu beigetragen, dass „Recht auf Stadt“ in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres eine gewisse Dynamik entfalten konnte, insofern es dort zu einer öffentlichen Artikulation der Krise auf dem Immobilienmarkt und ihrer Folgen kam und zugleich die Möglichkeit einer erfolgreichen Aneignung des öffentlichen Raumes dargestellt und plausibel gemacht wurde.

Eine Bezugnahme entstand im Anschluss durch die kurzfristige Aneignung eines ehemaligen Kaufhauses in Altona durch 140 KünstlerInnen. Hier wird derzeit der Abriss und – nach dem Ja-Wort durch ein Volksbegehren – ein innenstädtisches IKEA-Möbelhaus geplant. Die KünstlerInnen sind mittlerweile in eine leerstehende ehemalige Kaserne umgezogen, ein Schritt, der wesentlich durch Kunstvermittler (Architekten, Stadtplaner, Kuratoren) innerhalb der Gruppe durchgesetzt worden sein soll, eine rigide Konkurrenz innerhalb der am Projekt beteiligten KünstlerInnen ausgelöst zu haben scheint und nicht zuletzt insofern der Standortlogik folgte, als dass die Kaserne bedenkenlos einer seit Jahren daran interessierten Wohnprojektgruppe weggenommen wurde.

Im Dezember 2010 besetzten Mitglieder des Vereins „Nicos Farm“ ein ehemaliges Altenpflegeheim, nachdem sie sich zwei Jahre lang vergeblich bemüht hatten, dieses Gebäude als Wohnraum für Eltern mit behinderten Kindern zu nutzen und gleichzeitig einen kulturellen Treffpunkt zu schaffen. Hier ging die Geschichte allerdings zumindest vorläufig anders aus, wie ein Aktivist der *Jungen Welt* erzählte: „Wir hatten Ende vergangenen Jahres ein Haus in einem Gebäudekomplex mit ausreichend Platz für zwanzig Familien pflegebedürftiger Kindern besetzt. Es gibt dort aber weder Strom noch Heizung. Für Gespräche mit dem Bezirksamt Hamburg-Altona haben wir dann das Gelände geräumt – außer Schaumschlägerei kam dabei aber nichts heraus. Das Bezirksamt hatte derweil das ehemalige Seniorenpflegeheim verbarrikadiert. Die Häuser im Stadtteil Bahrenfeld werden nun nicht sozial genutzt, sondern an Privateigentümer verkauft.“<sup>44</sup> Schließlich besetzten im außerordentlich kalten Winter 2009 / 2010 AktivistInnen, ebenfalls im Stadtteil Altona, einen Park, dessen Bäume der Fernwärmeleitung eines neu errichteten Kohlekraftwerkes weichen sollten. Diese Besetzung war erfolgreich: Die Planungen wurden vorübergehend aufgehoben.<sup>45</sup>

Zugleich spiegelt die Übernahme von Räumen und Logos jedenfalls zurzeit vor allem die spezifische sozialräumliche und politische Situation der Hamburger Innenstadt und Altonas, eine Situation, die weder auf die Stadt-Peripherien noch auf andere, zumal „schrumpfende“

---

<sup>44</sup> *Junge Welt*, 1. März 2010, S. 8.

<sup>45</sup> Die Initiative hat eine sehr schöne Homepage, die das „offizielle“ Stadtmarketing nachahmt („Metrokohlenregion Hamburg“): [[www.moorburgtrasse-stoppen.de](http://www.moorburgtrasse-stoppen.de)] (Download 15. Mai 2010).

Städte übertragen werden kann. Ein lokales Beispiel sind die Proteste gegen die Kommodifizierung eines riesigen Parks durch die *internationale gartenschau* auf der Insel zwischen Norder- und Süderelbe. Hier haben die Einhegung und zukünftige Verwertung sowie die Fällung von mehreren tausend Bäumen heftige lokale Proteste ausgelöst, allerdings ohne dass es zu politischen Konsequenzen oder Zugeständnissen gekommen wäre. Andererseits haben die Protestierenden auch nicht auf andere Methoden zurückzugreifen gewusst als auf Presseerklärungen, Demonstrationen und Petitionen.<sup>46</sup>

Die Bilanz all dieser Besetzungen lautet vorläufig: Sie sind ein öffentlich stark beachtetes, aber punktuelles Phänomen geblieben. Eine Kettenreaktion fand nicht statt, zumal die lokale Regierung die vorhandenen Konflikte bislang durch eine Politik der Zugeständnisse und Blockaden regulierte und auch deshalb ohne den Einsatz von Hundertschaften auskam. Ob das in den nächsten Monaten so bleiben wird, ist natürlich offen.

Letztlich ist auch das Netzwerk „Recht auf Stadt“,<sup>47</sup> das auf einem monatlichen Plenum und in diversen Arbeitsgruppen eine beeindruckende Vielfalt von Initiativen und Gruppen versammelt, davon abhängig, was sich in dieser Offenheit entwickelt. Dabei scheint es angemessen, dass sich „Recht auf Stadt“ nicht um die organisatorische Repräsentanz einer „Bewegung“ bemüht, sondern sich, neben der Zuspitzung einiger Fragen, eher einen breiten Austausch zwischen Künstlern und Kleingärtnerinnen, Mieterinnen und Hausbesetzern vorgenommen hat. Die lose Koordination von Protestgruppen hat auch dazu beigetragen, dass die Kriterien der konventionellen Definition sozialer Bewegungen bislang glücklicherweise nicht erfüllt wurden: Es geht nicht vordergründig um Institutionalisierung oder darum, wie der Bewegungsforscher es formuliert, „den sozialen Wandel zu gestalten“.<sup>48</sup> Im Vordergrund stehen dagegen (zumindest noch) der *Bruch* mit den in den letzten Jahrzehnten entwickelten stadtpolitischen Selbstverständlichkeiten und die Aneignung konkreter Räume:

Artikulationsformen, die *auch als solche* keinen Anspruch auf Repräsentanz erheben und sich dadurch auszeichnen, dass sie entweder sehr konkrete lokale oder sehr weitgehende und immanent tendenziell unerfüllbare Forderungen aufstellen. Ein einheitlicher Forderungskatalog oder ein einheitlich handelndes Subjekt hat sich bislang nicht entwickelt. Die beiden „Paraden“, die das Netzwerk im Sommer und am Ende des Jahres 2009 organisiert hat und an denen jeweils einige tausend Menschen teilgenommen haben, spiegelten diese Form.

Dennoch versammelt das Netzwerk Protest-Situationen, mit denen sich eine Vielfalt von

---

<sup>46</sup> Die Entwicklung ist dokumentiert auf: [<http://aku-wilhelmsburg.blog.de>] (Download 15. Mai 2010).

<sup>47</sup> [[www.rechtaufstadt.net](http://www.rechtaufstadt.net)] (Download 15. Mai 2010).

<sup>48</sup> Zu einer funktionalistischen Definition der sozialen Bewegungen siehe: Roland Roth / Dieter Rucht (Hg.), Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch, S. 9–39 (Einleitung).

Anliegen verbinden, von denen gehofft wird, dass sie gegen-und-mit dem lokalen Staat eingelöst werden könnten: gegen die Belastung durch die Vergnügungsindustrie in bestimmten Straßenzügen, gegen das Abholzen von Bäumen für die Trasse des oben erwähnten Kohlekraftwerks, gegen die Einhegung und das inwertgesetzte Design öffentlicher Räume durch die *internationale gartenschau* und die *internationale bauausstellung*, gegen eine möglicherweise drohende Räumung des autonomen Zentrums Rote Flora, gegen den Bau exklusiver Eigentumswohnungen nahe der Hafensstraße, gegen das erwähnte innenstädtische IKEA-Kaufhaus und die damit verbundenen Belastungen durch Baustelle und zukünftige Kunden, und, *last but not least*, gegen die ständig weit über der Inflationsrate und sozial völlig asymmetrisch wirkenden Mieterhöhungen. Dabei ist nicht einmal ausgemacht, ob und inwiefern es eher mit oder eher gegen den lokalen Staat geht: Besetzungen, Volksbegehren, Demonstrationen, die Störung lokaler Parlamente und ihrer Ausschüsse, sogar eine öffentliche „Karmareinigung für Immobilien-Finanzhaie“ – (fast) alles geht und nichts wird ausgeschlossen. Einige der Initiativen konzentrieren sich ganz auf ihr spezifisches lokales Anliegen („Außengastronomie in der Susannenstraße“), andere nehmen auf ein nicht klar lokal zu verortendes Phänomen Bezug (wie die „Mieten-AG“, die sich vor allem gegen den massenhaften Wegfall der Sozialbindung und die auch durch öffentliche Wohnungsbauunternehmen exorbitant angehobenen Mieten wendet).

Eine *andere* Dynamik entsteht zugleich dadurch, dass sich in den vergangenen zwei Jahren – nicht im Zusammenhang mit der Entstehung des Netzwerkes „Recht auf Stadt“ – auch die Form des *riots* (im breiten Spektrum zwischen individuellen und hochorganisierten Aktionen) in Hamburg wieder etabliert hat: Eine Welle von Anschlägen auf Autos bescholtener und weniger bescholtener Bürger, der erfolgreich organisierte Angriff auf eine schwer bewachte und bewaffnete Polizeiwache im Herzen der Hamburger Vergnügungsviertel, der Kampf um ein im vergangenen Jahr sogar zweimal stattfindendes Straßenfest im Hamburger Schanzenviertel und fast schon ritualisierte, regelmäßige Krawalle vor der dort gelegenen Roten Flora gehören wohl in diese (unübersichtliche) Kategorie.

Am 1. Mai 2010 kam es nach den alljährlichen Demonstrationen im Schanzenviertel erneut zu heftigen Konfrontationen zwischen meist jungen Männern und der Polizei. Eine Verbindung zwischen den Demonstrationen und den abendlichen Aktionen bestand offensichtlich nicht. Der Polizeibericht behauptet, man habe vor allem ganz junge Leute (teils unter 16 Jahren alt) aus den Vorstädten verhaftet.<sup>49</sup> Wenn man dies glaubt (was man sicher nicht unbesehen tun sollte), dann zeigen sich hier Spuren dessen, was Laurent Mucchielli in der letzten Ausgabe der

---

<sup>49</sup> Der im Mai publizierte Verfassungsschutzbericht verweist dagegen auf mögliche *scapegoats*, indem er das Bild von der „Gefahr von links“ evoziert; vgl. u. a. Hamburger Abendblatt, 7. Mai 2010, S. 7.

vorliegenden Zeitschrift für Frankreich konstatiert hat.<sup>50</sup> Ein bemerkenswerter Unterschied wäre allerdings, dass sich die *riots* nicht in den Vorstädten zutragen, sondern im Umfeld der gentrifizierten Vergnügungsviertel im Inneren der Stadt.

Zusammengefasst: Was bislang als Klammer der unterschiedlichen Protestformen erscheint, ist in der Tat die Kritik am „Unternehmen Hamburg“, wie sie sich auch im Manifest von „*Not in our name*“ wiederfindet. Die öffentliche Anerkennung dieser Kritik (von der sich derzeit die Kampagne gegen die *riots* abspaltet) hat ihre Grundlage nicht allein im Opportunismus, sondern wohl in erster Linie darin, dass die seit zwei Jahrzehnten geltende Stadtpolitik immer deutlicher in Sackgassen gerät und bereits bis heute zahllose Probleme und Verwerfungen produziert hat, die nach einer Regulierung schreien, ohne dass der Schlüssel für eine Integration der Proteste in die aktuell dominante Stadtpolitik bislang gefunden worden wäre.

### *Der Alltag in der Krise*

Das Beispiel der stadtpolitischen Proteste in Hamburg zeigt, wie der *Alltag in der Krise* zum Gegenstand sozialer Proteste und ihrer organisierten Versuche wird.<sup>51</sup> Aber zugleich muss man feststellen, dass etwa in der Debatte um das Schicksal der „Kreativen“ *Alltägliches* eben verschoben oder metaphorisch thematisiert wird. So wurde die öffentliche Legitimation für die Besetzung der „Gänge“ nicht im sozialen Konflikt gesucht, wie er durch mangelnde Ressourcen oder prekäre Arbeitsverhältnisse entsteht, sondern in der Rolle, die Künstlerinnen und Künstler als „Raum-Pioniere“ im Hamburger Standort-Marketing und bei der Überwindung der Blockade der bis vor kurzem noch florierenden Verwertung „spannender“ Immobilien spielen sollen. Auch im Rahmen des vielfältigen Spektrums, das sich in „Recht auf Stadt“ vernetzt, spielen viele Fragen, die im kriselnden „Unternehmen Hamburg“ offensichtlich bedeutend sind, eine eher randständige Rolle. So hat der Hamburger Senat bereits im Herbst 2009 ein rigides Kürzungsprogramm unter anderem im öffentlichen Dienst angekündigt, mit der Begründung, dass der Niedergang der HSH-Nordbank (die wie überall sonst üblich sowohl mit der Korruption ihrer Manager als auch mit der Investition in mittlerweile entwertete Assets auf dem globalen Finanzmarkt zu tun hatte) und andere Folgen der Weltwirtschaftskrise die Aufnahme eines Kredits von rund fünf Milliarden Euro erforderten – immerhin ein Volumen,

---

<sup>50</sup> Laurent Mucchielli, Urbane Aufstände im heutigen Frankreich, in: Sozial.Geschichte Online, 2 (2010), S. 64–115.

<sup>51</sup> Die Dringlichkeit solcher Bezugnahmen illustriert: Karl Heinz Roth, Die globale Krise: Bisheriger Verlauf – Entwicklungstendenzen – Wahrnehmungen und Handlungsmöglichkeiten von unten, in: Sozial.Geschichte Online, 2 (2010), S. 124–163. Zum Zusammenhang von „Alltag“ und „Krise“ siehe die systematischen Ausführungen in: Piven / Cloward, Aufstand (wie Anm. 43), S. 34 ff.

das ungefähr der Hälfte des städtischen Hamburger Jahreshaushalts entspricht.<sup>52</sup> Dabei sollte zunächst lediglich die Zinsbelastung, die durch die Kreditaufnahme bis 2013 aufkommen wird, durch Sparmaßnahmen refinanziert werden. Der Senat entschied, die verbliebenen freien sozialen Träger nicht rigide durch Schließung zu bedrohen, was wohl nicht zuletzt die Erfahrungen mit den geschilderten Protestaktionen von 2003 reflektiert, sondern vielmehr in Verhandlungen mit den Wohlfahrtsverbänden einzutreten, mit dem Ziel, dass diese sinkende Personalkosten erzwingen, eine Strategie, die allerdings nicht überall aufging. Hinzu kamen – zunächst noch verhältnismäßig verstreute und im Vergleich geringfügige – Kürzungen und Gebührenerhöhungen im Bereich der direkten öffentlichen Dienstleistungen. Widerstand gegen *diese* Politik wurde, im Kontrast zur Öffentlichkeitswirksamkeit von „Recht auf Stadt“, im Jahre 2009 nur ausnahmsweise artikuliert. Anfang 2010 gab es dann immerhin von einigen tausend Menschen besuchte Aktionen gegen steigende Gebühren in den Kindertagesstätten, ein Konflikt, der bis heute weiterhin schwelt, allerdings im „Recht auf Stadt“-Netzwerk eine nur untergeordnete Rolle spielt.<sup>53</sup> Zugleich scheint in vielen weiteren Bereichen (Pflege, ambulante Versorgung von Behinderten und so weiter) die Mentalität bislang eher so zu sein, die neuen Eingriffe als Teil einer lang anhaltenden Verschlechterung zu begreifen, die ebenfalls *bereits seit Jahren* dazu führt, dass die Arbeitsbedingungen in vielen Bereichen kaum noch erträglich sind.

Ob sich dies im Rahmen der oben erwähnten aktuell verkündeten Zuspitzung der Krisenpolitik ändert, bleibt abzuwarten. Jedenfalls wurde im Mai 2010 deutlich, dass die rapider als erwartet ansteigende Haushaltslücke viel weiter reichende Eingriffe nach sich ziehen wird als jene, die 2009 geplant, annonciert und bis heute teilweise bereits umgesetzt wurden. Hinzu kommt der Angriff der derzeit amtierenden Bundesregierung auf die Einkommen der ärmsten Teile der Bevölkerung. Dennoch dominiert vorläufig überall die widersprüchliche Erfahrung einer alltäglichen Routine, in der individuelles Aufbegehren und Proteste zwar als dringlich erscheinen, aber zugleich blockiert bleiben. Anders als zu Zeiten der *Sozialpolitischen Opposition* ist es jedenfalls bislang im Rahmen von „Recht auf Stadt“ nicht zu sozialen Kämpfen gekommen, die den Kampf für eine qualitative Verbesserung der sozialen Versorgung und gegen die Prekarisierung der Arbeits- und Lebensverhältnisse über die raumpolitische Dimension im engeren Sinne hinaus interpretieren. Diese Feststellung ließe sich

---

<sup>52</sup> Siehe die Presseerklärung des Senats vom November 2009, [[www.hamburg.de/pressearchiv-fhh/1989012/2009-11-27-sk-sparbeschluesse,page-2](http://www.hamburg.de/pressearchiv-fhh/1989012/2009-11-27-sk-sparbeschluesse,page-2)] (Download 10. Mai 2010).

<sup>53</sup> Zuvor kam es bereits zu größeren Arbeitskämpfen (wie in den Kitas) und kleineren Arbeitskonflikten (wie in den Allgemeinen Sozialen Diensten). Vgl. Maria Kadiri u. a., Armut – ein neues Phänomen? Soziale Arbeit ist mehr wert! (ver.di FB Bund / Länder / Gemeinden), Hamburg 2010.

auch für andere punktuelle soziale Kämpfe treffen, die „in der Fabrik“ isoliert bleiben (so die Konflikte um die Krisenfolgen auf den Werften, die kurzen Proteste gegen die Schließung eines metallverarbeitenden Betriebes, neuerdings die Rebellion der Beschäftigten der Hafengesellschaft HHLA gegen die Konzessionspolitik ihres Betriebsrates usw.) Auch diese Proteste blieben Strohfeder, weil die Krise die Blockade der Artikulation sozialer Forderungen in der Fabrik eher verschärft hat. Dabei haben die jüngsten bundesweiten Tarifrunden der IG Metall und der ver.di mit ihren sowohl lohn- als auch arbeitszeitpolitisch mehr als mageren Resultaten diese Blockade noch befestigt. Es sind „moderate“, „sozialpartnerschaftliche“ „Krisenabkommen“, wobei die Kritik an dieser Politik derzeit in- und außerhalb der Gewerkschaftsbasis eher schwach ist. Ein ähnlicher Stillstand findet sich auch in anderen sozialen Bereichen, die für die urbanen sozialen Proteste früher recht wichtig waren: So haben die Erwerbsloseninitiativen nach der Massenbewegung gegen Hartz IV in den Jahren 2004 / 2005 nicht mehr aus ihrer Depression heraus gefunden. Es ist sicher falsch, selbstreferentiell und oberflächlich, auf dieser Grundlage anzunehmen, dass sich „der Fokus der sozialen Konflikte in die Stadt verlagert hat.“<sup>54</sup> Vielmehr steht der Euphorie, die die stadtpolitischen Bewegungen ausgelöst haben, aktuell die Depression *anderswo* gegenüber. So verweisen die „gegensätzlichen Räume“, sollten sie sich weiter entwickeln können, auf eine ganze „Stadt der Gegensätze“, auf vieles, was bislang ungesagt und unartikuliert geblieben ist.

### *Armes reiches Hamburg*

Und tatsächlich prägen die sozialen Verwerfungen, die die Stadtpolitik der letzten beiden Dekaden produziert hat, den Alltag der großen Mehrheit der Bevölkerung. Hamburg ist eine der vielen Städte, in der die Polarisierung zwischen Armut und Reichtum bisher unbekannte Ausmaße angenommen hat. Dabei wollen die Reichen lieber unauffällig bleiben, und meistens gelingt ihnen das auch. An dieser Stelle soll eine einzige Zahl genügen, um zu umreißen, welchen Umfang „Reichtum“ in Hamburg hat: Die Gewerkschaft ver.di hat in einer Pressemitteilung erklärt, dass eine Milliarde Euro in die Stadtkasse käme, wenn 20.000 Hamburger Millionäre eine Vermögenssteuer zahlen würden.<sup>55</sup> Diese Milliarde, die die reichsten Hamburger zahlen (nicht: spenden!) müssten, wenn die Besteuerungsgrundlagen

---

<sup>54</sup> Eine von der Begeisterung über aktuelle Proteste ausgehende Evozierung der „Zentralität“ der Stadt in den Sozialprotesten klammert die Frage nach der Artikulation von Produktionsverhältnissen in diesen Protesten im Grunde ebenso aus wie die Frage nach dem „Alltag“ jenseits der „Bewegung“ überhaupt. Deshalb ist ihr die Einsicht fremd, dass sich Proteste auch *anderswo* (in der Gesamtheit der sozialen Fabrik) unvermutet entwickeln können, wie die verschiedenen sozialen Bewegungen (auch) in Hamburg in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten gezeigt haben.

<sup>55</sup> Ver.di, Presseerklärung, 20. April 2010.

durch den Bund etwas angemessener gestaltet würden, würde das Doppelte der gesamten Kürzungen im öffentlichen Sektor umfassen, die bis 2013 nach der Vorgabe von 2009 vorgesehen waren. Nebenbei gesagt: Es ist davon auszugehen, dass auch dies nur die Spitze des Eisbergs ist. Vieles bleibt sicherlich unversteuert. Von den immerhin 880 Hamburgern, die mehr als eine Millionen Euro zu versteuerndes Einkommen im Jahr erwirtschaften, mussten im Jahre 2007 lediglich 22 Personen eine Betriebsprüfung über sich ergehen lassen.

Parallel hat sich „Armut“ (soweit dieses Phänomen empirisch anhand von Einkommens- und Vermögensstatistiken zu erfassen ist) ebenso drastisch entwickelt. Seit der zweiten Hälfte der 1990er Jahre gibt es (auch das hat mit der oben dargestellten Stadtpolitik zu tun) zwar keine detaillierten Zahlen mehr, die die Armutssituation hinreichend klar und plastisch sichtbar machen, weil der CDU-geführte Senat daran (vielleicht verständlicherweise) kein Interesse mehr hatte. Nach einer gängigen Armutsdefinition (Armut = 60 Prozent des Durchschnittseinkommens im Median) lebten bereits 2008 etwa 200.000 Hamburger in Armut, das sind mehr als zehn Prozent der Bevölkerung, mit einer starken Konzentration in einigen Großwohnsiedlungen sowie im geografischen Osten und Süden der Stadt.<sup>56</sup> Vor allem die Kinderarmut ist weit höher als im Bundesdurchschnitt. Jedes vierte Kind unter sechs Jahren lebt in einer Familie, die nur etwas mehr als die Hälfte des in den letzten Jahren übrigens ständig gesunkenen Durchschnittseinkommens zur Verfügung hat. Nur die ostdeutschen Bundesländer verzeichnen einen noch (leicht) höheren Anteil.<sup>57</sup> Ein Grund für diese Entwicklung ist die Ausdehnung prekärer Beschäftigungsverhältnisse, die ebenfalls nur sehr grob gemessen werden kann. Ein Indikator ist die Aufteilung von Voll- und Teilzeitstellen (inklusive geringfügiger Beschäftigung): Während 1977 noch 668.000 Menschen in Vollzeit und lediglich 75.000 in Teilzeit gearbeitet haben, waren es 2007 schon 126.000 in Teilzeit und nur noch 612.000 in Vollzeit. Dabei sind Frauen nach wie vor stärker von der Deregulierung und Entgrenzung der Arbeitsverhältnisse betroffen als Männer.<sup>58</sup>

Die resultierende soziale Polarisierung kann schließlich auch anhand der Einkommensstatistiken des Statistikamtes Nord illustriert werden.<sup>59</sup> Rund 800.000 Hamburger

---

<sup>56</sup> Hamburger Abendblatt, 13. Januar 2010, S. 9.

<sup>57</sup> Vgl. [www.zeit.de/2006/32/kinderarmut] (Download 10. Mai 2010) sowie umfassend Christoph Butterwegge / Michael Klundt / Matthias Belke-Zeng, Kinderarmut in Ost- und Westdeutschland, Wiesbaden 2008.

<sup>58</sup> Weitere Zahlen finden sich in: SPSH Fortbildung Prekarisierung, Lebens- und Arbeitsverhältnisse in Zeiten zunehmender Prekarisierung, Manuskript, Hamburg 2010, [www.spsh.de/texte/Prek\_Frauen.pdf] (Download 10. Mai 2010).

<sup>59</sup> Die im Folgenden zitierten Zahlen finden sich in: Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein, Hamburger Stadtteil-Profile 2008, Hamburg 2009. Diese Zahlen sind problematisch, denn sie werden nur alle drei Jahre erhoben und sind deshalb stets leicht veraltet, bilden außerdem nur Durchschnittswerte ab und fassen (wie

Lohn- und Einkommenssteuerpflichtige erzielten 2004 Einkommen von insgesamt 26,06 Milliarden Euro. Das jährliche Bruttodurchschnittseinkommen betrug im Elbvorort Nienstedten 150.000 Euro, in Blankenese 94.500 und in Othmarschen 88.900. Die geringsten Einkommen wurden trotz „Aufwertung“ noch immer in den östlichen innenstädtischen Stadtteilen (Bezirk Mitte) sowie im traditionell ärmeren Bezirk Harburg erzielt: Harburg 19.200, Dulsberg 18.500, Rothenburgsort 18.200 und (am Ende der Liste) die Veddel mit 17.000. Mit anderen Worten: Der *durchschnittliche* Bewohner der Veddel erzielt offiziell (wir sehen hier von den Möglichkeiten des Steuerbetrugs ab) gerade mal ein Zehntel des Einkommens eines *durchschnittlichen* Bewohners von Nienstedten. Und wir sprechen *nicht* von einem Vergleich der reichsten und der ärmsten Menschen, die in den jeweiligen Stadtteilen leben. Wenn es um die Frage der Ungleichverteilung in Hamburg geht, sind schließlich die Wohnverhältnisse von besonderer Bedeutung. In diesem Zusammenhang ist bemerkenswert, dass auch die zu hundert Prozent der öffentlichen Hand gehörende Wohnungsbaugesellschaft SAGA / GWG zur Verschärfung der Situation auf dem Wohnungsmarkt beiträgt. Als größter Hamburger Vermieter hat die Gesellschaft von 1997 bis 2007 ihre Mieten im Schnitt um ein Drittel gesteigert – eine Rate, die doppelt so hoch ist wie auf dem allgemeinen Wohnungsmarkt.<sup>60</sup> In den Stadtteilen, in denen die meisten Armen wohnen und wo die meisten der rund 120.000 Wohnungen der SAGA / GWG liegen, kam es also zu Mietsteigerungen, die noch über dem angesichts der niedrigen Inflation ohnehin beträchtlichen Durchschnitt liegen. Dass die SAGA / GWG nicht viel dazu beiträgt, die sozialen Verhältnisse zu entschärfen, liegt daran, dass es sich bei ihr zwar um eine städtische Wohnungsbaugesellschaft handelt, aber zugleich auch um eine Aktiengesellschaft, die Gewinne erwirtschaften soll – nicht zuletzt, um den maroden Hamburger Staatshaushalt zu sanieren. Etwas vereinfacht könnte man also sagen, dass nicht nur die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, sondern auch die SAGA-MieterInnen die Kosten bezahlen müssen, die die Pleite-Politik in einigen städtischen Gesellschaften (und nicht zuletzt Banken) hervorgebracht hat. In jedem Fall kann festgestellt werden, dass der Geschäftsbericht der SAGA / GWG alle Jahre wieder voller Stolz auf „Rekordgewinne“ verweist. Ein Ende ist nicht abzusehen: Der neueste Mietspiegel, der die Vergleichsmieten und damit die legalen Erhöhungen festlegt, hat Anfang des Jahres weitere Erhöhungen zur Folge gehabt. Zusätzlich treiben in einigen Wohnsiedlungen der Peripherie

---

das Amt seriöserweise selbst feststellt) Stadtteile pauschal zusammen, innerhalb derer die Einkommensunterschiede sehr groß sind.

<sup>60</sup> Weitere Informationen finden sich in: 2 %, Zeitung für SAGA / GWG-Mieter, Nr. 1, 17. April 2010, S. 4, siehe auch: [[http://centrosociale.breitaufgestellt.de/\\_oneclick\\_uploads/2010/04/sagazeitung\\_01.pdf](http://centrosociale.breitaufgestellt.de/_oneclick_uploads/2010/04/sagazeitung_01.pdf)] (Download 10. Mai 2010).

(Wilhelmsburger Bahnhofsviertel, Steilshoop) private Gesellschaften wie die GAGFAH ihr Unwesen; dies sind große private Immobiliengesellschaften, die unter anderem Genossenschaftswohnungen aufkaufen und diese jetzt regelrecht „schlachten“: Mieten bis zum Anschlag erhöhen, den zunehmenden Verfall von Wohnungen ignorieren, Service und Sanierung auf null stellen.

Zugleich kann keinesfalls gesagt werden, dass „Hamburg nicht baut“: Wer in die Stadt kommt, sieht vielmehr überall, vor allem im Innenstadtbereich, Kräne, Container und Großbaustellen. Allerdings wird nur die Hälfte der Wohnungen gebaut, die gebaut werden müssten, um die Wohnungsnot wenigstens etwas zu mildern. Gleichzeitig stehen wie erwähnt perspektivisch rund zwei Millionen Quadratmeter Büro- und Geschäftsflächen leer. Wenn man sich die Stadtpolitik vor diesem Hintergrund ansieht und bedenkt, welche umfangreichen Ressourcen bereits in den Bau der „Rahmenbedingungen“ für die Hafencity geflossen sind und noch fließen werden, dann kann man durchaus sagen, dass auch die derzeitige Senatskoalition dazu beiträgt, Reichtum zu subventionieren.

Die staatliche Förderung des Wohnungsbaus (und damit verbunden die Definition von Wohnungen als „Sozialwohnungen“ mit entsprechender, wenngleich sehr relativer, Mietpreisbindung) stand und steht für die Politiker, die die „wachsende Stadt“ erfunden haben und die Hamburg derzeit leider regieren, nicht gerade im Mittelpunkt. Allerdings trifft die Kritik auch vergangene Koalitionen: Die Zahl der Sozialwohnungen ist seit 1993 von rund 211.000 auf derzeit 116.000 gesunken. Es wird damit gerechnet, dass die Zahl dieser Wohnungen bis 2013 auf unter 100.000 sinkt,<sup>61</sup> ein weiterer Indikator für die rasante Auflösung der sozialen Kohärenz. Selbstverständlich ist die Dichte des Wohnungsbestands von Genossenschaften sowie städtisch dominierten Gesellschaften und damit die Dichte der Sozialwohnungen in den östlichen und südlichen Stadtteilen sowie insbesondere auch in Großwohnsiedlungen wie Steilshoop, Kirchdorf-Süd oder Osdorfer Born viel höher als sonst in der Stadt. Diese Stadtteile und Quartiere sind von dem Wegfall der Sozialbindungen also extrem betroffen, in einigen von ihnen (wie der Veddel) wird es 2013, wenn sich nichts ändert, überhaupt keine Sozialwohnungen mehr geben. Das bedeutet, alles in allem: Die sozialen Verwerfungen, die unter anderem die Politik der „wachsenden Stadt“ produziert hat, sind nicht gleichmäßig auf den Stadtraum verteilt. Hamburg ist eine der ärmsten Städte im globalen Norden, aber zugleich auch eine der ganz reichen. Die Dichte, erzählt man, der Porschefahrer, ist in Hamburg etwa doppelt so hoch wie im Bundesdurchschnitt. Aber wie artikulieren sich diese Widersprüche im Zusammenhang mit den aktuellen stadtpolitischen Protesten?

---

<sup>61</sup> Vgl. die Daten in: Statistisches Amt, Stadtteil-Profile (wie Anm. 59).

### *Aus der Praxis des Umherschweifens*

„Eine oder mehrere Personen, die sich dem Umherschweifens widmen“, gab Guy Debord in den 1960er Jahren als Konzept der *Situationistischen Internationale* aus, „verzichten für eine mehr oder weniger lange Zeit auf die ihnen im allgemeinen bekannten Bewegungs- bzw. Handlungsmotive, auf ihre Beziehungen, Arbeits- und Freizeitbeschäftigungen, um sich den Anregungen des Geländes und den ihm entsprechenden Begegnungen zu überlassen.“<sup>62</sup> Im Rückblick lässt sich diese Versuchsanordnung (unter anderem) wie ein Spiel lesen, aus dem im Postfordismus Ernst geworden ist. In der Tat verzichten ja die prekarierten Produzenten dauerhaft auf routinisierte Bewegungen, Arbeits- und Freizeitbeschäftigungen, mitunter sogar auf soziale Beziehungen. Es ist eine soziale Erfahrung, die gleichzeitig „neue Begegnungen“ ermöglicht, für die Entgrenzung des Arbeitstages sorgt sowie Arbeitssucht, Depressionen und Ausbrennen hervorruft. Es ist aber auch eine widersprüchliche Situation, eine Krise, die nicht erst durch die aktuelle ökonomische Entwicklung angestoßen wurde, und an deren Horizont sowohl die Freisetzung von Mobilität (im technischen Sinne) als auch eine Mobilisierung (im Sinne einer Revolutionstheorie) aufscheint.

Unter Bezugnahme auf eine Lefebvre-Rezeption schreibt der Hamburger Künstler Christoph Schäfer: „Hier setzt sich Stadttheorie aus unterschiedlichen Stimmen, Umherschweifens, aus dem Alltag heraus entwickelter Politik zu einer neuen sozialrevolutionären Raumpolitik zusammen – es gibt Hoffnung, Leute.“<sup>63</sup> Ja, Leute, es gibt Hoffnung, aber es besteht auch kein Anlass, die Perspektiven dieses „Umherschweifens“ unabhängig von den hier geschilderten Ambivalenzen und Begrenzungen zu sehen.

Nicht zuletzt muss ja auch bemerkt werden, dass es einige Gegenbewegungen gibt: Die Abstimmung über den Bau des IKEA-Kaufhauses wurde verloren, gegenüber der Kürzungspolitik des Senates lässt sich eine große aber überwiegend verschwiegene Wut wahrnehmen. Eine weitere Niederlage droht in der ganz aktuellen Auseinandersetzung um die Hamburger Schulreform. Die einheitliche sechsjährige Grundschule ist ein Steckenpferd der aktuellen Regierung. Es ist ein Pferd, auf dem geritten wird, um zu beweisen, dass die Koalition trotz allem *fortschrittlich* ist und immer noch das Siegel verdient, dass Herr Florida mit seinen drei T's designt hat. Die Proteste gegen die Reform füllen die Spalten der Tageszeitungen derzeit vielleicht noch mehr als alle anderen, einschließlich der Sparte „Recht auf Stadt“. Die Opposition, die einen Volkentscheid zum „Erhalt des Gymnasiums“ durchgesetzt hat (die Abstimmung findet Mitte Juli statt), besteht aus mehr oder weniger reaktionären Vätern und Müttern, die eher in Nienstedten als auf der Veddel logieren. Rund

---

<sup>62</sup> Der Beginn einer Epoche. Texte der Situationisten, Hamburg 1995, S. 64.

<sup>63</sup> [<http://www.christophschaefer.net>] (Download 10. Mai 2010).

200.000 Hamburger BürgerInnen sind nicht abstimmungsberechtigt, weil sie keinen deutschen Pass in der Tasche haben. Linkspartei und SPD haben einige Zugeständnisse erreicht, die die Reform zu einem gemeinsamen Anliegen aller im Stadtparlament vertretenen Parteien macht. Aber dennoch hausieren die Proteste der reichen Eltern (wie „Recht auf Stadt“) auf der Grundlage einer diffusen Wut, die weniger durch die Inhalte der Reform als durch die alltägliche Unterversorgung der Schulen gespeist wird. Auch auf der anderen Seite wird also – wenn auch hoffentlich erfolglos – mit Metaphern und Verschiebungen gearbeitet.

Eine alternative Positionierung in dieser Auseinandersetzung (natürlich muss man für die Abschaffung des Gymnasiums sein, und es ist in der Tat ein zwar recht kleiner, doch immerhin sichtbarer Schritt in diese Richtung!) wird dadurch erschwert, dass die vergangenen Regierungskoalitionen die Situation an den Schulen wie alles andere jedenfalls nicht entschärft haben: katastrophale Ausstattung, Privatisierung der Gebäude, extreme soziale Segregation der Schulen, zu große Klassen, Probleme, die nur symbolisch und auf dem Papier („Bildungsoffensive“) bearbeitet werden. Natürlich haben die Reichen längst ihre Privilegien in diversen Privat- und Eliteschulen gesichert, auch unabhängig von der Abstimmung – und daran wird sich auch nach der Abstimmung nichts ändern. In „Recht auf Stadt“ war die Schulabstimmung bis Ende Mai gar kein Thema, obgleich „Recht auf Schule“ vielleicht kein unwichtiger Gegenstand wäre. Man (ich schließe mich da ein) ist hier wie gelähmt. Aber etwas ist doch möglich: Mein persönlicher Held ist in diesem Zusammenhang ein 46jähriger Gebäudereiniger aus dem südlichen Stadtteil Harburg, der auf einer Demo der „Reformgegner“ verprügelt wurde, weil er ein Schild trug mit der Aufschrift: *„Unterschicht grüßt Oberschicht, Eure Schule woll'n wir nicht“* – und anschließend sogar seinen Prozess gegen den Schläger gewann. Vielleicht ist so etwas ausbaufähig, allerdings sind die strukturellen sozialen Grenzen von „Recht auf Stadt“ auch in diesem Falle eher ein Hindernis.

Die Untersuchung der Situationisten ging von der Einsicht in Grenzen aus. Es war die subjektive Enge des „wirklichen Paris, in dem jedes Individuum lebt – geographisch gesehen ein Rahmen, der äußerst klein ist“,<sup>64</sup> die die Methode des Umherschweifens nahe legte. Die Sache, um die es geht, illustrierte Debord mit einer Untersuchung über Paris und das Pariser Stadtgebiet, in der Chombart de Lauwe die Wege erforschte, die eine im XVI. Viertel lebende Studierende im Laufe eines Jahres zurücklegte: „Sie bilden ein Dreieck mit geringem Ausmaß und ohne Abstecher, an dessen drei Ecken sich die Hochschule für Politikwissenschaften, die Wohnung des Mädchens und die ihres Klavierlehrers befinden.“<sup>65</sup> Ich will an dieser Stelle nicht weiter über die Geschlechterbilder und die soziale Verortung sprechen, die sich am

---

<sup>64</sup> Der Beginn einer Epoche (wie Anm. 62), S. 64.

<sup>65</sup> Ebd.

Anfangspunkt der „Theorie des Umherschweifens“ zeigen. Es geht mir hier darum, dass sich meines Erachtens in der „Recht auf Stadt“-Bewegung in Hamburg aktuell ein ähnliches Elend zeigt: Die große Mehrzahl der im Netzwerk vertretenen Aktiven und Initiativen lässt sich sozusagen fußläufig erreichen, mit geringen lokalen Kenntnissen ausgestattet, vielleicht sogar, wie manche behaupten, wenn man nur den Stadtplan von Paris in der Tasche hat. Aber warum ist die Regierung dennoch bisher nicht in der Lage, eine politische Mauer um dieses Gehege zu ziehen und es zu isolieren?

Die Konflikte artikulieren sich nicht zuletzt auf der Grundlage von langen, informell entwickelten Beziehungen und Erfahrungen aus dem großen Fundus der lokalen sozialen Bewegungen in Stadtteilen wie St. Pauli, dem Karolinenviertel oder dem Schanzenviertel. Zugleich sind diese Stadtteile von jener „kleinräumigen Polarisierung“ geprägt, von der die Stadtforschung schon seit den späten 1980er Jahren gesprochen hat: Reichtum entwickelt sich hier in unmittelbarer Nachbarschaft der Armut, das, was man in der Debatte als Gentrifizierung bezeichnet hat, wird hier ausnahmsweise sehr sichtbar. Die soziale Polarisierung und die linkspolitische Tradition, die in den betroffenen Quartieren entwickelter ist als anderswo, sind also die Voraussetzungen jener Kettenreaktion, von der am Anfang dieses Textes die Rede war. Wer schon länger eine Wohnung auf St. Pauli hat, ist glücklich. Neubauten wie das *Brauhausquartier* (auf dem Gelände der ehemaligen Bavaria-Brauerei) wurden für den erwähnten virtuellen „neuen Menschen“ errichtet, der durch die verschiedenen Leitbilder spukt. Neuvermietungen kosten im Schnitt 10,22 Euro pro Quadratmeter.<sup>66</sup> Gleichzeitig wird das Viertel nach wie vor von einem hohen Anteil an MigrantInnen, Armen und Erwerbslosen bewohnt. Unter diesen Umständen konnte 2009 schon die öffentliche Vorführung des wunderbaren Filmes *Empire St. Pauli*, der die Entwicklung auf der Grundlage zahlloser Interviews beleuchtete, kleinere Emeuten auslösen; alte sozialpolitische Initiativen wie die Gemeinwesenarbeit St. Pauli Süd bekommen eine wichtige, verbindende Rolle.<sup>67</sup> Ein weiteres Neubauprojekt, direkt gegenüber den Häuser in der Hafenstraße, löste sehr heftige lokale Proteste und Ende Mai 2010 sogar eine kurzfristige Besetzung des leer stehenden ehemaligen *Erotic Art Museums* aus; die BewohnerInnen des Quartiers haben es geschafft, die Grundlagen des Neubaus (Eigentumswohnungen, schrittweise Vertreibung der alten MieterInnen) ins Wanken zu bringen – mit offenem Ende. Orte der „kleinräumigen Polarisierung“ sind, könnte man sagen, potentiell auch Orte eines vehementen und weithin sichtbaren lokalen Widerstands. Das gilt nicht nur für St. Pauli, sondern beispielsweise auch für das Bahnhofsviertel St. Georg. Diese Struktur der Polarisierung findet sich auch jenseits der „üblichen Quartiere“ wieder, aber

---

<sup>66</sup> Neues Deutschland, 22. März 2010, S. 15.

<sup>67</sup> [www.gwa-stpauli.de].

in einem anderen Maßstab. In Erweiterung der Polarisierungsthese können die Schnittstellen der stadtpolitischen Konflikte neu bestimmt werden. In der Stadt-Peripherie, im Süden (Harburg, Wilhelmsburg) und im Osten der Stadt (Billstedt, Rothenburgsort, Farmsen u. a.) finden sich die Gegensätze in einer ähnlichen, aber spezifisch anderen Form. In Wilhelmsburg (das ist das große, aus ganz verschiedenen Quartieren bestehende Gebiet, das im Süden von Hamburg von den Armen des Elbflusses umschlossen wird) finden sich beispielsweise sowohl Orte, in denen eine Inwertsetzung nach den Maßstäben in Szene gesetzt wird, die in der Innenstadt etabliert wurden, als auch solche, die aufgrund des Charakters des Ortes als Transitraum zwischen Hafen, Industrie und Stadt als *Zonen der Armut* gelten können. Die stadtpolitischen Konflikte, die dort entstehen, sind anders konfiguriert als in der Innenstadt. Die *internationale Gartenschau*, die seit etwa einem Jahr begonnen hat, eine riesige, ökologisch wertvolle und für die Erholung sehr bedeutsame Fläche einzuzäunen und potentiell in Wert zu setzen, trifft auf heftige Kritik. Allerdings ist diese Kritik nicht im gleichen Maße in der Innenstadt und in der Presse artikuliert und diejenigen, die sich in dieser Frage artikulieren, gehören eher zur lokalen, weißen Mittelschicht der verschiedenen Quartiere (der migrantische Anteil beträgt bis zu 60, 70 Prozent). Gleichzeitig gibt es, in anderen sozialen Zonen auf derselben Insel, starke aber ebenfalls nicht in gleicher Weise sichtbare Konflikte um die Inwertsetzung von Wohnraum, die sowohl mit der schrittweisen Zerstörung als auch mit der für die MieterInnen kostspieligen Sanierung von Gebäuden einhergehen. Und schließlich spielt es eine völlig unterschätzte Rolle, dass die Zone der *Industrialisierung*, des Ausbaus der Logistikflächen für den Hafen, der Ölmühlen und Container-Reparaturbetriebe, direkt angrenzend liegt, eine Zone, die heute zugleich auch eine Zone der Prekarisierung ist, Zone eines wilden, lokalen Arbeitsmarkts für Verzweifelte, und auch eine Zone, die durch Produktion von Lärm und Giften das Leben in den Quartieren beeinträchtigt.

Wie kann es zu weitergehenden Protesten gegen die neuen *enclosures* kommen? Wie können sich – zumindest potentiell – Kämpfe um den öffentlichen Raum, gegen Mietsteigerung und gegen die Krisenfolgen miteinander verbinden? Ich weiß es nicht. Diese Frage lässt sich nur in der Praxis der Kämpfe selbst beantworten. Hier lässt sich nur feststellen, dass Zonierung und Polarisierung, Gentrifizierung und Verfall von Großwohnsiedlungen, Kämpfe der Migration, Arbeitskämpfe und Kämpfe um städtische Räume *aktuell* gleichzeitig und doch unverbunden stattfinden. „Recht auf Stadt“ reproduziert einerseits eine stadträumliche Hierarchie (der am Anfang des Textes angesprochene Zusammenhang von „Sprechen“ und „Schweigen“), aber eben diese Reproduktion kann, indem sie die Probleme verdeutlicht, auch Ausgangspunkt für einen Bruch mit den herrschenden Verhältnissen sein. Wenn es gelingt, und das ist zu hoffen und geschieht ja in Ansätzen bereits, den Blick über die „üblichen Quartiere“ und ihre

Sozialstruktur durch weitere Perspektiven zu bereichern, dann könnte der Ruf nach einem „Recht auf Stadt“ in Hamburg (und anderswo) eine ungeahnte Dynamik entfalten, in der sich möglicherweise auch andere stadtpolitische Bewegungen wiedererkennen würden.

*Ich danke Arndt Neumann und einigen anderen für zahllose wichtige Anmerkungen, die ich leider nicht alle berücksichtigen konnte.*